

**Holger Schulze**

**Neo-Institutionalismus**

Ein analytisches Instrument zur Erklärung  
gesellschaftlicher Transformationsprozesse

**4**<sub>/1997</sub>

**Osteuropa-Institut**

**der Freien Universität Berlin**

Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft

---

**Holger Schulze**

**Neo-Institutionalismus**

**Ein analytisches Instrument zur Erklärung  
gesellschaftlicher Transformationsprozesse**

---

Heft 4/1997

[www.oei.fu-berlin.de](http://www.oei.fu-berlin.de)

© 1997 by Holger Schulze  
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin  
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft  
(Hg.): Klaus Segbers

ISSN 0067 – 5873

1 EINLEITUNG	5
2 THEORETISCHE GRUNDLAGE: EIN 'AKTEURSZENTRIERTER INSTITUTIONALISMUS'	6
3 DIE ANSÄTZE DES NEO-INSTITUTIONALISMUS IM VERGLEICH	8
3.1 Die ökonomische Variante: der Rational-Choice Institutionalismus	8
3.1.1 Die Theorie der Verfügungsrechte	11
3.1.2 Die Agenturtheorie	13
3.1.3 Die Transaktionskostentheorie	14
3.2 Die soziologische Variante: Die soziale Konstruktion der Wirklichkeit	14
3.3 Die historische Variante: Norths Ansatz des institutionellen Wandels	16
4 GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE NEO-INSTITUTIONALISTISCHER ANSÄTZE IM ÜBERBLICK	21
5 EIN ANALYTISCHES MODELL ZUR ERKLÄRUNG VON TRANSFORMATIONSPROZESSEN	24
6 LITERATURVERZEICHNIS	27

# 1 Einleitung

Auch acht Jahre nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in den Staaten Ost- und Mitteleuropas (OME) scheint das Verständnis der Betrachter für die dort ablaufenden Prozesse sozialen Wandels begrenzt. Zwar herrscht über die Ziele der Transformationsprozesse, also die Etablierung demokratischer und kapitalistischer Systeme, weitgehende Einigkeit, doch ist die Beurteilungen des Prozessverlaufes nach wie vor Gegenstand heftiger politischer und wissenschaftlicher Kontroversen. Die zu Beginn vor allem von modernisierungstheoretischer Seite geäußerte Annahme, es handele sich bei diesem Wandel lediglich um den einer strukturfunktionalistischen Logik folgenden Prozeß 'nachholender Modernisierung', ist angesichts ökonomischer Rückschläge und ethnischer Konflikte schwer zu halten. Statt dessen greift die Erkenntnis um sich, daß es sich um nicht-lineare, durch Machtkämpfe und überkommene institutionelle Strukturen geprägte Transformationsprozesse handelt.

Die folgenden Überlegungen richten sich somit vor allem gegen die Annahme einer aus dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme folgenden institutionellen 'Stunde Null', die sowohl der populären ökonomischen Strategie der Schocktherapie als auch pessimistischen politikwissenschaftlichen Szenarien eines aus dem institutionellen Vakuum resultierenden Chaos zu Grunde liegen. Vielmehr, so meine These, finden sich in den Gesellschaften OMEs zahlreiche sogenannte institutionelle Hinterlassenschaften (*institutional legacies*), d.h. Routinen, Regeln und soziale Bindungen<sup>1</sup>, die den Verlauf der Transformation maßgeblich beeinflussen.

In der Praxis konstituieren diese *legacies* demnach einen Kontext, innerhalb dessen sich die Akteure entsprechend ihrer Rationalität bewegen. Da Handlungen gleichzeitig auch Veränderungen im institutionellen Kontext bewirken, vollzieht sich der Wandel in den Transformationsgesellschaften folglich im Zuge eines Wechselspiels zwischen institutionellen Regeln und individueller Rationalität.

Im Gegensatz zu rein strukturalistischen bzw. akteursspezifischen Betrachtungsweisen sollte eine Analyse der gegenwärtig stattfindenden Transformationsprozesse demnach auf ein analytisches Instrumentarium zurückgreifen, das beide Erklärungsfaktoren berücksichtigt und miteinander verbindet.<sup>2</sup> Ein solches Analyseinstrumentarium steht dem Betrachter in den Ansätzen des Neo-Institutionalismus zur Verfügung, welche in den letzten Jahren eine verstärkte Resonanz innerhalb der Politikwissenschaften gefunden haben. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, diese neo-institutionalistischen Ansätze im Zuge einer vergleichenden Darstellung für weitergehende Analysen gesellschaftlicher Transformationsprozesse nutzbar zu machen.

---

<sup>1</sup> Stark 1992, 300.

<sup>2</sup> Die Frage nach der Beziehung von Institutionen bzw. Strukturen auf der einen und handelnden Akteuren auf der anderen Seite gehören zum Kernbestand sozialwissenschaftlicher Debatten. Im Rahmen der Transformationsdiskussion wird diese Thematik u.a. von Merkel (1994; 1996) aufgegriffen.

## 2 Theoretische Grundlage: ein 'akteurszentrierter Institutionalismus'<sup>3</sup>

Die Bedeutung institutioneller Faktoren für die Erklärung von politischen und gesellschaftlichen Prozessen wird seit den späten 70er Jahren verstärkt diskutiert. Allerdings ist die Berücksichtigung institutioneller und struktureller Faktoren im Rahmen gesellschaftlicher Entwicklung nicht neu.<sup>4</sup> Im Gegenteil, so Immergut<sup>5</sup>, finden sich schon in den Arbeiten von Rousseau jene Argumentationsmuster, die den Kern der institutionalistischen Erklärungen gegenüber akteurszentrierten Ansätzen kennzeichnen. Zu diesem Kernbereich zählen die Annahme einer Diskrepanz zwischen realem Verhalten und 'wirklichen' Präferenzen der Akteure sowie die Vorstellung, daß kollektive Entscheidungen nicht der bloßen Addition individueller Interessen entsprechen. Vielmehr, so die Kernthese, werden sowohl politisches Verhalten als auch die kollektiven Entscheidungen wesentlich durch institutionelle Regeln und Normen der Entscheidungsfindung geprägt.

Gegen eine einseitige Betrachtungsweise zugunsten institutioneller Faktoren hat sich in den 60er Jahren die sogenannte *behavioralistische* Revolution gewendet<sup>6</sup>, die insbesondere in den amerikanischen Sozialwissenschaften dieser Zeit zum dominierenden Paradigma wurde. Unter der Negation des Eigengewichts institutioneller Faktoren wurden dabei allein handelnde und entscheidende Akteure als Erklärungsgrundlage herangezogen. Hauptkritikpunkt an diesen verhaltenswissenschaftlichen Erklärungsmodellen war ihr reduktionistischer, utilitaristischer Charakter aufgrund dessen sie die kontinuierlich wachsende Bedeutung von Institutionen und Organisationen für individuelle Entscheidungsprozesse vernachlässigten.<sup>7</sup> Ausgehend von diesem Vorwurf bemüht sich der Neo-

---

<sup>3</sup> Die Bezeichnung 'akteurszentrierter Institutionalismus' geht auf eine Arbeit von Mayntz und Scharpf 1995 zurück. Aus Sicht der Autoren soll dieser Ansatz der Analyse von "Steuerung und Selbststeuerung auf der Ebene ganzer gesellschaftlicher Teilbereiche"(Mayntz, Scharpf 1995, 39) dienen. Im Rahmen dieser Arbeit wird auf diese Bezeichnung zurückgegriffen, weil sie wie keine andere auf die Wechselwirkung zwischen Akteur und Institution hinweist. Für weitere Informationen zu diesem Ansatz vgl. Schimank 1996, 241ff.

<sup>4</sup> Die Bezeichnung 'Neo'-Institutionalismus läßt zu Recht vermuten, daß es sich um eine Renaissance einer älteren Debatte handelt (vgl. Gretschmann 1990, 339). Letztere ist eng mit dem Namen Veblen verbunden, der aus Unzufriedenheit mit den die Institutionen vollkommen vernachlässigenden Annahmen der klassischen Mikroökonomie auf die Bedeutung von routinisiertem Entscheidungsverhalten der Individuen verwies. Institutionen, so Veblen, sind "habits of thought which prevail in a given period", und weiter: "An institution is of the nature of a usage which has become axiomatic and indispensable by habituation and general acceptance"(Veblen nach Hutchison 1984, 20). Im Gegensatz zu diesen wirtschaftswissenschaftlich geprägten Ansätzen konzentrierten sich Politikwissenschaften und Soziologie vor allem auf die Darstellung formaler administrativer und politischer Strukturen unterschiedlicher Gesellschaften. Ausgehend von der Annahme, daß formale Strukturen den zentralen Einflußfaktor für die Gestaltung der Politik darstellten, bemühten sich Vertreter dieser Ansätze, so die Kritik von Thelen, Steinmo, um einen aus heutiger Sicht ungenügenden Vergleich politischer Systeme (vgl. Ebenda 1992, 3). Zum 'alten' Institutionalismus siehe außerdem Mayhew 1987, Mirowski 1987.

<sup>5</sup> Immergut i.E., 3ff.

<sup>6</sup> Vgl. Thelen, Steinmo 1992, 4.

<sup>7</sup> Vgl. March, Olsen 1989, 3. Insgesamt beschreiben die Autoren die politischen Theorien seit den 50er Jahren mit Hilfe von fünf Charakteristika: 1. kontextuell, d.h. keine Differenzierung von Staat und Gesellschaft, 2. reduktionistisch, d.h. Politik als Aggregat individuellen Verhaltens, 3. utilitaristisch, d.h. Handlung als Ergebnis von Nutzenmaximierung, 4. instrumentalistisch, d.h. Politik lediglich im Sinne von Entscheidungsfindung und Allokation, sowie 5. funktionalistisch, d.h. Geschichte als zielgerichteten Prozeß zur Bildung von Gleichgewichten (March, Olsen 1989, 3). Dagegen wünschen die Autoren, "to explore some

Institutionalismus deshalb um eine Verknüpfung beider Perspektiven. So werden Institutionen auf der einen Seite als erhebliche Einflußfaktoren für das Verhalten der Akteure betrachtet. Gleichzeitig aber attestieren die Vertreter dieser Ansätze, daß die Entscheidungen der Handelnden eine wesentliche Wirkung auf die Gestaltung des institutionellen Kontextes haben.

Bedingt durch die Attraktivität dieser Verknüpfung sind Institutionen, so Schmalz-Bruns, "zu einem disziplinen-, themen-, theorie- und methodenübergreifenden Trendthema geworden"<sup>8</sup>. Allerdings haben diese vielfältigen Herangehensweisen auch zu einem hohen Grad inter- und intradisziplinärerer Heterogenität sowohl im Bereich der Terminologie<sup>9</sup>, als auch bei den zugrundeliegenden Annahmen<sup>10</sup> geführt. Um diesem Theorienpluralismus gerecht zu werden, erfolgt die Entwicklung des dieser Arbeit zugrundeliegenden Analyserasters auf der Basis eines Theorievergleichs. Dabei werden insgesamt vier neoinstitutionalistische Erklärungsvarianten anhand der folgenden Fragen gegenübergestellt: (i) welcher Institutionenbegriff wird verwendet?; (ii) welches Akteursverständnis wird dabei vorausgesetzt?; (iii) wie beschreiben die Ansätze das Verhältnis von Institutionen und Akteuren?; (iv) welche Wirkung wird Institutionen auf gesellschaftliche Entwicklungen zugewiesen?; (v) wie vollzieht sich institutioneller Wandel, bzw. woraus resultiert institutionelles Beharrungsvermögen?

Insgesamt werden vier aus sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen hergeleitete Ansätze unterschieden<sup>11</sup>. Zur Orientierung werden diese auf einem Kontinuum eingeordnet, dessen Endpunkte, in Anlehnung an Seibel<sup>12</sup> als '*aggregative*' und '*integrative*'<sup>13</sup> Institutionen- bzw. Strukturbildung bezeichnet werden (siehe Diagramm 2.1).

---

ways in which the institutions of politics, particularly administrative institutions, provide order and influence change in politics" (Ebenda, 16).

<sup>8</sup> Schmalz-Bruns 1990, 316.

<sup>9</sup> Besonders auffallend ist die Heterogenität bezüglich des Begriffs der Institution selbst. Nedelmann stellt in diesem Zusammenhang nicht ohne einen Grad von Selbstironie fest, daß das Klagen über die Unterschiedlichkeit und Unklarheit des Institutionenbegriffs innerhalb der Soziologie selbst schon eine Institution ist. Statt der Suche nach einer eindeutigen Definition schlägt Nedelmann statt dessen vor, den Begriff mit Hilfe von fünf gegensätzlichen Merkmalspaaren zu kennzeichnen: 1. reagieren vs. agieren, 2. Internalisierung vs. Externalisierung von Werten und Normen, 3. Eigenwert vs. Instrumentalität, 4. Entlastung vs. Belastung, sowie 5. Unpersönlichkeit vs. Mikro-Abhängigkeit (Nedelmann 1995); Vgl. auch Neale 1987.

<sup>10</sup> Vgl. Schmalz-Bruns 1990, 317. Gretschmann stellt in diesem Zusammenhang fest, daß der neue Institutionalismus viele Gesichter hat, und jedes dieser Gesichter ganz unterschiedliche Schattierungen zeigt. Die aktuelle Diskussion wird demzufolge durch eine Reihe von Schlagworten wie 'Neuer Institutionalismus', 'Neo-Institutionalismus', 'Neue Institutionenökonomik', 'Transaktionskostenanalyse' u.v.m. gekennzeichnet (Gretschmann 1990, 340), die in ihrer Breite eher verwirrt als stimuliert.

<sup>11</sup> Hall, Taylor 1996 unterscheiden in diesem Zusammenhang zwischen dem historischem-, dem sogenannten 'Rational-Choice'-, sowie dem soziologischen Institutionalismus. Ähnliche Unterscheidungen finden sich bei Immergut (i.E.), die statt der Kategorie 'soziologisch' den Begriff des organisationstheoretischen Institutionalismus verwendet. Eine dritte den beiden vorherigen sehr verwandte Differenzierung liefern Mayntz/Scharpf 1995. Hier wird zwischen ökonomischem Institutionalismus, institutionalistischer Organisationssoziologie sowie politikwissenschaftlichem Neo-Institutionalismus unterschieden.

<sup>12</sup> Seibel 1992, 338ff.

<sup>13</sup> Aggregative Institutionen sind Koordinationsmechanismen für das Handeln von Personen, die von formalen Organisationsgrenzen relativ unabhängig sind. "Es geht nicht um die Frage, wie Institutionen das Handeln von Personen determinieren, sondern wie das Handeln von Personen Institutionen hervorbringt und stabil hält." (Seibel 1992, 340) Integrative Institutionen sind beispielsweise Traditionen, kulturelle Routinen,

Abbildung 2.1: Einordnung der Varianten des Neo-institutionalismus



Während sich die aggregative Strukturbildung durch die Realisierung von Nutzen erklärt, vollzieht sich die integrative Strukturbildung durch die Befolgung von Normen. Demzufolge wird, idealtypisch, die ökonomische Variante des 'Rational-Choice' Institutionalismus dem aggregativen Endpunkt des Kontinuums<sup>14</sup>, die 'soziologische'- beziehungsweise 'organisationstheoretische' Variante des Institutionalismus dem integrativen Ende zugewiesen. Darüber hinaus werden mit dem 'historisch-ökonomischen' sowie dem 'historisch-soziologischen' Institutionalismus zwei Ansätze zwischen den beiden Polen platziert, die zum Teil erhebliche Berührungspunkte aufweisen. Ausgehend von der Darstellung der vier neo-institutionalistischen Ansätze wird im folgenden (vgl. 4) eine Gegenüberstellung der Varianten präsentiert, aus welcher einige der Arbeit zugrundeliegende Annahmen bezüglich der fünf oben genannten Kategorien abgeleitet werden. Darauf hin (vgl. 5) wird auf der Grundlage dieser Annahmen ein Analyseraster entworfen, welches das Kernargument sowie den Fortgang der Arbeit beschreibt.

### 3 Die Ansätze des Neo-Institutionalismus im Vergleich

#### 3.1 Die ökonomische Variante: der Rational-Choice Institutionalismus

Im Rahmen der hier getroffenen Unterscheidung stellt der Rational-Choice Ansatz<sup>15</sup> den reinen Typus aggregativer Institutionenbildung dar. Die Bezeichnung dieser Variante impliziert, daß Strukturen gemäß dem Prinzip des methodologischen Individualismus<sup>16</sup> als aggregiertes

Politikstile u.s.w., deren Bindungswirkung auf der bewußten oder unbewußten Befolgung von Normen beruht. Dabei werden institutionelle und mentale Routinen unterschieden (Ebenda, 343f.).

<sup>14</sup> Vgl. Abell 1995.

<sup>15</sup> Das klassische Modell des Rational-Choice Ansatzes basiert nach Smelser 1992 auf sieben Elementen: (i) einem vollkommen rationalen Akteur, (ii) einer Situation vollkommener Information, (iii) stabilen individuellen Präferenzen, (iv) nicht vorhandenen Transaktionskosten, (v) einem institutionenfreien Raum, (vi) einer reibungslosen Aggregation individueller Transaktionen sowie (vii) der wiederholten Bildung von Marktgleichgewichten (Smelser 1992, 386). Farmer, als Vertreter des Rational-Choice Ansatzes, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Smelser Transaktionskosten mit Opportunitätskosten verwechselt (Farmer 1992, 413). Allerdings verweisen die meisten kritischen Arbeiten auf die Vernachlässigung von Interaktionskosten, so daß Smelser hier in seiner Argumentation gefolgt wird.

<sup>16</sup> Das Prinzip des methodologischen Individualismus hat seinen Ursprung in den Arbeiten der Utilitaristen und Liberalen des 18. und 19. Jahrhunderts wie Jeremy Bentham oder John Stuart Mill. Nach von Mises Definition beinhaltet dieses Prinzip, daß "all actions are performed by individuals and 'a social collective has no existence and reality outside of the individual members actions'" (von Mises nach Hodgson 1988, 56). In

Resultat individuell-rationaler Wahlentscheidungen bzw. -handlungen betrachtet werden können.<sup>17</sup> Das Menschenbild des Rational-Choice Ansatzes entspricht dem aus der mikroökonomischen Theorie abgeleiteten *Homo Oeconomicus*. Im Rahmen der klassischen Mikroökonomie wurde der Mensch als vollständig informiertes Wesen betrachtet, welches aus allen ihm zur Verfügung stehenden Alternativen stets die individuell günstigste wählt. Darüber hinaus gründete das Modell auf der Annahme, daß Transaktionen kostenlos durchgeführt werden können.<sup>18</sup> Institutionelle Regelungen wurden als Erklärungsfaktoren für menschliches Handeln vollkommen ausgeblendet.

Die sehr abstrakten Vorstellungen der neoklassischen Mikroökonomie haben zum Teil heftige Kritik<sup>19</sup> hervorgerufen<sup>20</sup> und zu einer Reihe von Modifikationen des diesem Theorieansatz zugrundeliegenden Menschenbildes geführt.<sup>21</sup> So berücksichtigt das neue Modell des *Homo Oeconomicus* nun neben der übernommenen Maximierungsannahme individuellen Nutzens auch die Beschränktheit individueller Informationskapazitäten, sowie Informationsasymmetrien und institutionelle Restriktionen<sup>22</sup>:

"Zu den Restriktionen menschlichen Handelns gehören nicht nur Preise, Einkommen und Erstausrüstung mit Ressourcen, [...], sondern auch die sozialen Institutionen, in welchen sich das Handeln des einzelnen abspielt und von welchen in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie abstrahiert wird."<sup>23</sup>

Im Gegensatz zur traditionellen mikroökonomischen Analyse besitzen Institutionen im Rahmen dieses Ansatzes demnach einen eigenständigen Wert, der sich aus der Annahme ableitet, daß die organisationale und institutionelle Umwelt des Individuums die Anreizstruktur und damit das Verhalten des Individuums beeinflusst. So dienen institutionelle Regeln und Normen beispielsweise der Überwindung jener suboptimalen Interaktionsergebnisse bzw. Dilemmasituationen<sup>24</sup>, die in interdependenten Situationen durch egoistisch-rationales Verhalten der Akteure entstehen. Insbesondere das dem opportunistischen<sup>25</sup> Verhalten der

---

seiner extremsten Form betrachtet das Prinzip lediglich die aus den Präferenzen abgeleiteten Ziele der Akteure, nicht aber deren sozio-ökonomisches und institutionelles Umfeld (Ebenda, 71).

<sup>17</sup> Vgl. Hodgson 1988, 54.

<sup>18</sup> Vgl. Kirchgässner 1991, 70.

<sup>19</sup> Eine Darstellung der häufigsten Kritikpunkte findet sich u.a. bei Esser 1990; Srubar 1992, Olsen 1991 sowie Kirchgässner 1991.

<sup>20</sup> Vgl. DeAlessi 1991, 1.

<sup>21</sup> Vgl. Olsen 1991, 89.

<sup>22</sup> Eine Verfeinerung hat dieses Modell zudem durch Simons 1976 Konzept der 'begrenzten Rationalität' sowie durch die Integration nicht-materieller bzw. altruistischer Ziele in die individuelle Nutzenfunktion erfahren (vgl. Kirchgässner 1991, 12ff.).

<sup>23</sup> Kirchgässner 1991, 72.

<sup>24</sup> Als Dilemmasituationen werden hier Situationen betrachtet, in denen individuell rationales Verhalten zu einem kollektiv wie individuell nicht gewünschten Ergebnis führt. Je nach Charakter der Situation wird dabei zwischen Koordinations- und Kooperationsproblemen unterschieden (vgl. Siehl 1996, 33/47). Zur Überwindung dieser Dilemmata übernehmen Institutionen eine mediatierende Funktion, indem sie Informationen bereitstellen, welche den Akteuren eine Erwartungssicherheit über das Verhalten der Interaktionspartner geben. Beispiele für solche problematischen Situationen sind neben dem bekannten Gefangenendilemma oder dem Trittbrettfahrerproblem (Olson 1965) auch das dem 'Arrow-Paradox' entspringende Phänomen des 'cycling'. Demzufolge lassen multidimensionale Präferenzen im Kontext von Mehrheitsentscheidungen keine stabilen Präferenzen und damit keine stabilen Ergebnisse zu (vgl. Stevens 1993, 143ff).

<sup>25</sup> Als opportunistisches Verhalten wird jenes Eigeninteresse von Austauschpartnern verstanden, demzufolge diese mit List, Täuschung und Zurückhaltung von Informationen Vorteile gegenüber ihrem Tauschpartner zu erlangen suchen (vgl. Ebers, Gotsch 1993, 218).

Individuen entspringende Problem der Überwachung und Durchsetzung von Vereinbarungen macht die Etablierung institutioneller Regulierungen notwendig.<sup>26</sup> Aus dieser Perspektive werden Institutionen somit als zeitlich befristete Regeln, Prozeduren und Arrangements definiert, die Interaktionen zwischen Akteuren durch die Beschränkung derselben ermöglichen.<sup>27</sup>

Zusammenfassend läßt sich das Verhältnis von Akteur und Institution demnach wie folgt begreifen: Institutionen sind das Produkt einer am Bedarf des Einzelnen orientierten Übereinkunft zwischen Individuen, die durch das Ziel der Nutzenmaximierung motiviert sind.<sup>28</sup> Einmal etabliert, beschränken diese Regeln das opportunistische Verhalten der Akteure und ermöglichen so die Überwindung kollektiver Handlungsdilemmata.<sup>29</sup> Institutionen beeinflussen demnach die Handlungs- und Entscheidungsstrategien der Akteure, ohne deren Präferenzen und Ziele zu verändern, die weiterhin als unabhängig bzw. exogen von institutionellen und sozio-ökonomischen Faktoren betrachtet werden.<sup>30</sup> Umgekehrt sind Stabilität und Wandel von Institutionen abhängig von individuellen Nutzen-Kalkulationen. Ebenso wie die Entstehung institutioneller Regelungen bleiben demnach auch Form und Inhalt der Institution das aggregierte Ergebnis individueller Entscheidungen. Folglich bilden sich, ganz im Sinne der *invisible-hand*<sup>31</sup>, immer neue institutionelle Gleichgewichte heraus. Alte Strukturen werden abgelöst<sup>32</sup> und verschwinden, ohne Spuren zu hinterlassen.

Diese Überlegungen bilden die Grundlage für die 'Neue Institutionelle Ökonomie', jenen Theiestrang der Mikroökonomie, der institutionelle Faktoren explizit in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt hat. Dabei haben sich drei Ansätze herauskristallisiert: Die Theorie der Verfügungsrechte, sowie die Agentur- und die Transaktionskostentheorie.<sup>33</sup> Zwei davon, die Verfügungsrechts- und die Agenturtheorie, werden im Rahmen dieser Arbeit als mikrofundierte Analyse- und Erklärungsinstrumentarien genutzt. Obwohl der dritte Ansatz im weiteren nicht aufgegriffen wird, wird er aus Gründen der Vollständigkeit ebenfalls kurze dargestellt.

---

<sup>26</sup> Vgl. DiMaggio, Powell 1991, 7.

<sup>27</sup> Vgl. Windhoff-Héritier 1991, 40. Offe spricht in diesem Zusammenhang von einem Institutionen inhärenten Dualismus, welcher auf der einen Seite die nach innen gerichtete Sozialisierung der Akteure und auf der anderen Seite die nach außen gerichtete Steigerung der Effizienz umfaßt (Offe 1994b, 2).

<sup>28</sup> Kritisch bemerkt Bates 1988, daß die Übereinkunft zur Bildung einer Institution unter der Bedingung von Unsicherheit sowie der Annahme egoistisch-nutzenmaximierenden Verhaltens nicht erklärbar ist.

<sup>29</sup> Nach Hall, Taylor betrachtet der Rational-Choice-Ansatz den politischen Prozeß als eine Aneinanderreihung von kollektiven Handlungsdilemmata (Ebenda 1996, 12).

<sup>30</sup> Vgl. Thelen, Steinmo 1992, 9.

<sup>31</sup> Vgl. Siehl 1996, 33.

<sup>32</sup> Innerhalb der dem Rational-Choice Institutionalismus zugeordneten Gruppe von Ansätzen lassen sich jedoch zwei Varianten unterscheiden. Auf der einen Seite finden sich jene, die institutionellen Wandel als unintendiertes Ergebnis gesellschaftlicher Anpassung begreifen (Alchian 1950), auf der anderen Seite solche, die die Bildung von Institutionen als einen intendierten Prozeß zur Reduktion von Transaktionskosten begreifen (u.a. Williamson 1990). Allerdings können die letztgenannten, dem funktionalistischen Gedanken verpflichteten Ansätze, die im Zuge der Entstehung von Institutionen notwendige Überwindung des dem ökonomischen Modell eigenen Naturzustandes erklären, der durch das individuelle Streben nach Risikovermeidung geprägt ist.

<sup>33</sup> Einen Überblick zu diesen Ansätzen bieten Perrow 1986, Eggertson 1990, Furubotn, Richter 1991 sowie Ebers, Gotsch 1993.

### 3.1.1 Die Theorie der Verfügungsrechte<sup>34</sup>

Das Erkenntnisinteresse der Verfügungsrechtstheorie wird durch zwei Fragestellungen geleitet: Zum einen geht es um die Auswirkungen unterschiedlicher Formen der Gestaltung und Verteilung von Verfügungsrechten auf das Verhalten ökonomischer Akteure sowie die Ressourcenallokation, zum anderen um die Erklärung von Entstehung<sup>35</sup>, Verteilung und Wandel der Verfügungsrechte.

Während die neoklassische Theorie Eigentum lediglich ob seiner physischen Qualität beachtet, treten die materiellen Eigenschaften des Gutes innerhalb der Theorie der Verfügungsrechte hinter der Bedeutung des die Nutzung und den Austausch von Gütern bestimmenden, legalen Charakters zurück. Auf der Grundlage eines differenzierten Güterbegriffs wird grundsätzlich zwischen vier an einem Gut bestehenden Rechtstypen unterschieden: "[d]as Recht, (1) die Ressource zu nutzen (usus), (2) die Erträge einzubehalten (usus fructus), (3) ihre Form oder Substanz zu ändern (abusus) sowie (4) alle oder einzelne der vorstehenden Verfügungsrechte auf andere zu übertragen (Übertragungsrecht)"<sup>36</sup>. Grundsätzlich gilt, daß die umfassendsten Nutzungsrechte demjenigen zustehen, der alle vier Verfügungsrechte an einer Ressource hält. Umgekehrt verlieren diese an Wert, je mehr sie unter verschiedenen Akteuren verteilt, d.h. verdünnt, sind. Die Verteilung dieser vier Verfügungsrechte bestimmt somit den Grad der den Gütern eigenen 'Exklusivität'.

"Property rights are understood as the *sanctioned behavioral relations* [Herv. im Original] among men that arise from the existence of goods and pertain to their use. These relations specify the norms of behavior with respect to goods that each and every<sup>37</sup> person must observe in his daily interactions with other persons, or bear the cost of non-observance."

Wesentliche Bedeutung erwächst den Verfügungsrechten vor allem aus der diesen inhärenten 'Verhaltensdimension'. Sie legen für alle auf dem Markt agierenden Akteure die Grenze zwischen legaler und illegaler Nutzung, zwischen erlaubtem und unerlaubtem Tausch von Gütern, zwischen zulässigem und unzulässigem Handeln fest. Folglich können und müssen Verfügungsrechte nicht nur als ökonomisches Zuordnungskonzept betrachtet werden, sondern vielmehr als ein Instrument, welches soziale, rechtliche und institutionelle Verhaltensbeziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten darstellt.<sup>38</sup>

Eine der zentralen Annahmen des *Property-Rights*-Ansatzes geht deshalb davon aus, daß die gegebene Allokation von Eigentumsrechten die Anreiz- bzw. Motivationsstruktur der Akteure und damit ihr ökonomisches Verhalten bestimmt.<sup>39</sup> Umgekehrt wirken sich die individuellen Handlungen wiederum auf die Allokation der Verfügungsrechte selbst aus. Bedingt durch die aus der Spezifizierung, Übertragung und Durchsetzung von Verfügungsrechten entstehenden Transaktionskosten versuchen die beteiligten Wirtschaftssubjekte, eine ihrer Nutzenfunktion

---

<sup>34</sup> Die drei Bezeichnungen - Verfügungs- und Eigentumsrechte sowie *Property-Rights* - werden im folgenden synonym verwendet, obwohl der Begriff der Verfügung dem eigentlichen Charakter der *Property-Rights* am nächsten kommt.

<sup>35</sup> Zur Entstehung von Eigentum vgl. u.a. Böbel 1988, 21-47.

<sup>36</sup> Ebers, Gotsch 1993, 194.

<sup>37</sup> Furubotn, Pejovich 1974a, 3.

<sup>38</sup> Vgl. Siehl 1996, 9.

<sup>39</sup> Vgl. Furubotn, Pejovich 1974a.

entsprechende institutionelle Form der Eigentumsverteilung, also eine Verfügungsrechtsstruktur, durchzusetzen.

Aus ökonomischer Perspektive handelt es sich bei der Gestaltung einer Eigentumsstruktur vor allem um ein Effizienzproblem, welches die Wirtschaftssubjekte mit Hilfe des Marktes unter Berücksichtigung von Transaktionskosten und institutionellen Beschränkungen, wie zum Beispiel Verträgen, lösen. Die effizienteste gesellschaftliche Verfügungsstruktur ist dabei laut Demsetz diejenige, die den höchsten Grad der Internalisierung von externen Effekten erreicht.<sup>40</sup> Veränderungen der Eigentumsstruktur resultieren aus ökonomischer Perspektive vor allem aus einer Veränderung relativer Preise oder dem Aufkommen neuer Technologien, welche die Kalkulationsgrundlage der Akteure verändern.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive wird jedoch kritisiert, daß die ökonomische Sichtweise den zentralen Aspekt der Verfügungsrechte vernachlässigt. Dieser besteht in der Verknüpfung von Verfügungsrechten und dem Lebensstandard der Akteure.

"Property rights institutions critically affect incentives for decision-making regarding resource use and hence, economic behavior and performance. By allocating decision-making authority, property rights also determine who are the economic actors in a system and define the distribution of wealth in a society."<sup>41</sup>

Deshalb bilden unter der Bedingung von Knappheit die Verteilung von Wohlstand und die damit einhergehende Bestimmung von Lebenschancen sowie Konflikte um die Veränderungen der existierenden Eigentumsstruktur den Kernbereich politischer Auseinandersetzungen. Institutionelle Stabilität beziehungsweise Veränderungen der Verfügungsrechtsstruktur sind somit eben nicht nur Resultat ökonomischer Überlegungen, sondern auch und vor allem Folge politischer Konflikte und Blockaden sowie *bargaining*-Prozesse, welche in der Regel die aktuell vorherrschende Machtverteilung wiedergeben.<sup>42</sup>

Die praktische Relevanz von Verfügungsrechten hängt allerdings ausschließlich von ihrer Durchsetzungsfähigkeit ab. Nicht einzufordernde Eigentumsrechte sind wertlos. Demzufolge bedarf es einer zentralen, mit Sanktionsmacht ausgestatteten Instanz, welche in einer Welt der nutzenmaximierenden Individuen die Funktion des Eigentumsgaranten übernimmt. Ohne diese wäre der Tausch von Rechten unmöglich. In der Neuzeit ist diese Aufgabe vom Staat übernommen worden.<sup>43</sup> Parallel zu seiner Garantiefunktion hat der Staat, im Namen des

---

<sup>40</sup> Nach Demsetz 1967 beinhalten Verfügungsrechte das Recht zur Ausnutzung von Gütern wie auch, zumindest innerhalb von festgelegten Schranken, jenes zur Schädigung von Nichteigentümern. Somit spezifizieren Eigentumsrechte den Grad, in dem Personen durch Güter profitieren bzw. geschädigt werden, legen also auch den Umfang von positiven wie negativen 'Externalitäten' fest. In einem Vergleich von Eigentumsstrukturen - gemeinschaftliches, privates und staatliches Eigentum - problematisiert Demsetz insbesondere die gemeinschaftliche Eigentumsform. Bedingt durch eine mangelnde Zurechenbarkeit von Kosten und Gewinnen aus der gemeinsamen Nutzung eines Eigentums, wird es für die rationalen Akteure sinnvoll, (1) das Gut unbegrenzt zu nutzen und (2) die aus der individuellen Nutzung des Gutes entstehenden Kosten auf die Gemeinschaft abzuwälzen. Diese Situation entspricht der von Hardin 1968 skizzierten 'Tragödie der Allmende'.

<sup>41</sup> Libecap 1991, 214.

<sup>42</sup> Vgl. North 1989. Zum Verhältnis von Macht und ökonomischer Theorie vgl. Klein 1987, Libecap 1993.

<sup>43</sup> Vgl. North 1984; North, Thomas 1973. Tatur 1995 bezeichnet die Sicherung der Eigentumsrechte durch den Staat sowie die damit verbundene Einschränkung des staatlichen Gewaltmonopols als eine von drei Voraussetzungen für die Herausbildung von Nationalstaat, Kapitalismus und Demokratie. Die zwei weiteren Bedingungen sind, in Anlehnung an Tilly 1985 und Elias 1977, die Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols selbst sowie die Etablierung von gesellschaftlichen Normen zur Sozialisierung des Individuums als Gesellschaftsmitglied.

Gemeinwohls, darüber hinaus eine die freie Ausübung der Eigentumsrechte beschränkende Funktion übernommen. Konsequenz dieser Entwicklung ist die enge Verknüpfung von Staat und Eigentumsstruktur, welche im sozialistischen Staat, bei dem neben die Garantieidealtypisch auch die Eigentümerfunktion tritt, ihren Kulminationspunkt findet.

### 3.1.2 Die Agenturtheorie

Im Mittelpunkt der Agenturtheorie steht die Institution des Vertrages sowie der Charakter der durch diesen dargestellten Beziehung zwischen dem Auftraggeber, dem sogenannten Prinzipal, sowie dem als Agent bezeichneten Auftragnehmer. Auf der Grundlage der im Zusammenhang mit dem Menschenbild des modernen *Homo Oeconomicus* vorgestellten Eigenschaften, beispielsweise dem Streben nach Maximierung des individuellen Nutzens sowie der begrenzten und asymmetrischen Informationslage<sup>44</sup>, attestieren Vertreter dieses Ansatzes ein sogenanntes *Principal-Agent Problem*, demzufolge der Auftraggeber nicht in der Lage ist, die Handlungen des von ihm Beauftragten vollständig zu kontrollieren. Das Informationsproblem äußert sich dabei auf zwei Arten: Zum einen besitzt der Agent gegenüber dem Principal einen Informationsvorsprung bezüglich des von diesem geleisteten Arbeitsaufwandes (*hidden action*). Darüber hinaus gilt dieses Informationsverhältnis auch für die durch die Arbeit des Agenten erzielbaren Ergebnisse (*hidden information*). Bedingt durch den daraus resultierenden Informationsvorsprung ist der Agent in der Lage, seine eigenen Interessen zu verfolgen.<sup>45</sup> Die Möglichkeit, diesem auch als *shirking* bezeichneten Verhalten des Agenten entgegenzuwirken bzw. vorzubeugen, hat der Principal durch die Gestaltung von Anreiz- und Kontrollstrukturen. Während Anreizstrukturen vertragsgerechtes Handeln des Auftragnehmers positiv sanktionieren, wird durch Kontrollstrukturen mit negativen Sanktionen gedroht. Bei der Gestaltung von Organisationen muß es dem Principal deshalb maßgeblich um die Entwicklung von Anreiz- bzw. Kontrollmechanismen gehen, die bewirken sollen, daß die Agenten in ihrem eigenen Interesse die Ziele ihres Auftraggebers so weit wie möglich verfolgen.

Organisationen werden aus Sicht der Agenturtheorie als eine Kette von *Principal-Agent* Beziehungen analysiert. Dieses gilt auch für Organisation-Umwelt-Beziehungen, die als Netzwerk von Verträgen<sup>46</sup> betrachtet werden, die von Beteiligten zur Regelung ihres ökonomischen Austausches geschlossen werden. Demnach lassen sich Organisationen ebenso wie

---

<sup>44</sup> Diese Informationsasymmetrien werden im Rahmen der Agenturtheorie u.a. durch die Konzepte, des '*moral hazard*' und der '*adverse selection*' beschrieben. Moralisches Risiko besteht nach einer allgemeinen Definition bei Handlungen von Wirtschaftssubjekten, die ihren eigenen Nutzen auf Kosten anderer maximieren, in Situationen, in welchen sie nicht die vollen Konsequenzen ihres Handelns tragen müssen bzw. nicht den vollen Ertrag ihrer Handlungen erhalten, da Unsicherheit und unvollständige oder beschränkte Verträge die vollständige Zurechnung der Kosten (Erträge) verhindern. Negativauslese resultiert dagegen aus dem Problem, anderen Wirtschaftssubjekten ihre Handlungen in Rechnung zu stellen (vgl. Kirchgässner 1991, 72ff.).

<sup>45</sup> Vgl. Kirchgässner 1991, 80.

<sup>46</sup> Williamson 1990 unterscheidet zwischen klassischen, neoklassischen und relationalen Verträgen, die sich bezüglich Dauer sowie Ausmaß der Vereinbarungen gegeneinander abgrenzen. Während einmal geschlossene (klassische) Verträge ursprünglich als verbindlich betrachtet wurden, wird in neueren Modellen der begrenzten Rationalität wie auch den zum Teil hohen Transaktionskosten durch das Konzept des 'Relationalen Vertrages' Rechnung getragen, welcher Lücken in den Vereinbarungen berücksichtigt, aus denen erneut aufbrechende Principal-Agent Probleme entstehen können (Furubotn, Richter 1991, 19).

planwirtschaftliche Wirtschaftssysteme als ein Konglomerat von Vertragsbeziehungen zwischen Individuen begreifen: sie sind lediglich "legal fictions which serve as a nexus for a set of contracting relationships among individuals".<sup>47</sup>

### 3.1.3 Die Transaktionskostentheorie

Zentrale Analyseeinheit dieses Ansatzes ist die Transaktion, d.h. der Tausch zwischen zwei Wirtschaftssubjekten. Entgegen der klassischen Mikroökonomik, welche Transaktionen auf der Grundlage des vollständig informierten Akteurs als kostenfrei apostrophierte, basiert dieser Ansatz auf der Annahme, daß Interaktionen Informations-, Kommunikations-, Verhandlungs-, Kontroll- sowie Anpassungskosten verursachen, die unter dem Begriff der Transaktionskosten subsumiert werden. Nach Furubotn/Richter umfassen Transaktionskosten letztlich jene Kosten, "that are connected with: (i) the creation or change of an institution or organization; and (ii) the use of the institution or organization".<sup>48</sup>

Ausgehend von der Annahme, daß die Akteure eine effiziente, also mit so geringen Kosten wie möglich verbundene Gestaltung der Tauschbeziehung anstreben, sucht der Transaktionskostenansatz zu erklären, warum bestimmte Transaktionskosten in bestimmten institutionellen Arrangements mehr oder weniger effizient abgewickelt und organisiert werden. Die Höhe der von Tauschbeziehungen verursachten Kosten bestimmt sich nach Williamson<sup>49</sup> durch Spezifität der dabei getätigten Investitionen, der existierenden Unsicherheiten sowie der Häufigkeit der Investitionen. Anhand dieser Merkmale können adäquate institutionelle Arrangements, in der Regel Verträge, abgeleitet werden, die sich allerdings ebenfalls bezüglich Anreizintensität, Kontrollmechanismen sowie Anpassungsfähigkeiten und Kosten unterscheiden. Zwangsläufig wirken sich damit die institutionellen Arrangements selbst auf die Effizienz der Abwicklung und Organisation von Transaktionskosten aus.<sup>50</sup> In Anlehnung an Coase<sup>51</sup>, der nach den Ursachen für die Existenz von Organisationen fragte, hat der Ansatz vor allem im Bereich der Organisationstheorie Anwendung gefunden. So war es insbesondere Williamson, der einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung firmenspezifischen Verhaltens unter alternativen institutionellen Bedingungen geleistet hat. Besondere Beachtung haben dabei nichtmarktliche, hierarchische Koordinationen innerhalb von Firmen gefunden.<sup>52</sup>

## 3.2 Die soziologische Variante: Die soziale Konstruktion der Wirklichkeit

Den Gegenpol zum Rational-choice-Institutionalismus markiert der soziologische Ansatz. Entsprechend der Annahme einer integrativen Strukturbildung argumentiert diese Variante, daß die Interaktionen der Akteure bewußt oder unbewußt durch die Bindewirkung existierender Normen bzw. Institutionen geregelt wird. Aus Sicht des soziologischen Institutionalismus kennzeichnet der Begriff der Institution folglich einen "sozialen Sachverhalt der Ver-

---

<sup>47</sup> Jensen, Meckling 1976 nach Ebers, Gotsch 1993, 204.

<sup>48</sup> Furubotn, Richter 1991, 8.

<sup>49</sup> Williamson 1975.

<sup>50</sup> Vgl. Ebers, Gotsch 1993, 216ff.

<sup>51</sup> Coase 1937, 1960.

<sup>52</sup> Vgl. Williamson 1990.

festigung regelmäßig wiederkehrenden Verhaltens und Handelns"<sup>53</sup>. Im Gegensatz zur aggregativen Variante ist der Begriff damit sehr viel weiter gefaßt. Letztendlich tendiert der soziologische Institutionalismus dazu, nicht nur formale Regeln, Prozeduren oder Normen in die Definition einzubeziehen, sondern auch "the symbol systems, cognitive scripts, and moral templates that provide the 'frames of meaning' guiding human action"<sup>54</sup>

Handlungen und Entscheidungen des Akteurs werden aus soziologischer Perspektive somit als das Resultat des vorherrschenden institutionellen Rahmens betrachtet. Folglich sind Strategien und Präferenzen des *Homo Sociologicus*, anders als die seines ökonomischen Pendant, endogenes Produkt jener kulturellen Praktiken, die in Form von Traditionen, Sitten und Tabus das institutionelle Umfeld des Individuums gestalten.<sup>55</sup>

In der Praxis, so die soziologische Argumentation, vollzieht sich diese Beeinflussung des individuellen Verhaltens auf zwei Wegen: Zum einen normativ in der Art, daß das Individuum solche Normen internalisiert, die mit seiner ihm zugewiesenen bzw. eingenommenen gesellschaftlichen Rolle verknüpft sind. Zum anderen vollzieht sich die institutionelle Einflußnahme in einer kognitiven Dimension. Dahinter verbirgt sich die Bereitstellung von den Institutionen inhärenten Wahrnehmungs- und Interpretationsmustern, welche dem Handeln des Individuums erst einen Sinn verleihen, denn "[...] without them the world and the behavior of others cannot be interpreted"<sup>56</sup>. Institutionen, im Sinne gesellschaftlicher Regeln, konstruieren demnach die subjektive Wirklichkeit des Individuums.<sup>57</sup>

Eine große Resonanz haben diese Überlegungen vor allem im Bereich der Organisations- theorie gefunden. In Abgrenzung zum ökonomischen Effizienzargument werden organisationale Strukturen vielmehr besonders durch kulturelle Praktiken<sup>58</sup> der Gesellschaft geprägt. Aus Gründen der Legitimation und dem damit einhergehenden Zugang zu Ressourcen tendieren Organisationen zu einer isomorphen Abbildung ihrer Umwelt. Bekanntestes Beispiel, so Meyer/Rowan<sup>59</sup>, ist der in modernen Gesellschaften existierende Mythos der Rationalität, welcher als Symbol der Effizienz nahezu den Charakter einer gesellschaftlichen Zwangsvorgabe entwickelt hat:

"[...] norms of rationality are not simply general values. They exist in much more specific and powerful ways in the rules, understandings, and meanings attached to institutionalized social structure. [...] In modern societies, the elements of rationalized formal structure are deeply ingrained in, and reflect, widespread understandings of social reality. [...] Such elements of formal structure are manifestations of powerful institutional rules which function as highly rationalized myths that are binding on particular organizations".<sup>60</sup>

---

<sup>53</sup> Popitz 1992 nach Nedelmann 1995, 15.

<sup>54</sup> Hall, Taylor 1996, 14.

<sup>55</sup> Institutionen, so Hall, Taylor, werden aus dieser Perspektive als gegeben angenommen. Damit bleibt die Frage nach der Entstehung von Institutionen unberücksichtigt. Gemäß Berger/Luckmann gehört die Schaffung von Gewohnheiten zu den typischen menschlichen Eigenschaften. In einem dreistufigen Prozeß vollzieht sich die Institutionalisierung über die Vorstufen der Habitualisierung und der Typisierung (Ebenda 1993, 56ff.).

<sup>56</sup> Ebenda, 15.

<sup>57</sup> Berger, Luckmann 1993, 139ff.

<sup>58</sup> Vgl. Brunsson 1982, Wollnik 1993.

<sup>59</sup> Meyer, Rowan 1978.

<sup>60</sup> Meyer, Rowan 1978, 343.

Institutioneller Wandel in Form organisationaler Veränderungen resultiert demnach weniger aus einer an Effizienzgesichtspunkten orientierten Neubewertung zweckrationaler Ziel-Mittel-Kalkulationen, als vielmehr aus dem Bestreben, die soziale Legitimation der Organisation zu verbessern beziehungsweise zu erhalten. Zusammenfassend gilt also, daß der soziologische bzw. organisationstheoretische Institutionalismus einen klaren Gegenentwurf zum ökonomischen Ansatz darstellt:

"The new institutionalism in organization theory and sociology comprises a rejection of rational-actor models, an interest in institutions as independent variables, a turn toward cognitive and cultural explanations, and an interest in properties of supraindividual units of analysis that cannot be reduced to aggregations or direct consequences of individuals attributes or motives."

Gemeinsam ist beiden Varianten jedoch die Vernachlässigung der Zeitdimension. Aus diesem Grund kennzeichnet beide Ansätze eine eindimensionale Ursache-Wirkung-Kette. Während der Rational-Choice-Ansatz die Struktur als Produkt individuellen Verhaltens betrachtet, resultiert das individuelle Verhalten aus Sicht der soziologischen Variante aus der schon existierenden institutionellen Struktur. Die im weiteren dargestellten historisch-ökonomischen bzw. historisch-soziologischen Ansätze des Institutionalismus bemühen sich unter Berücksichtigung geschichtlicher Entwicklungslinien, dem Wechselspiel zwischen Akteur und Institution gerecht zu werden.

### **3.3 Die historische Variante: Norths Ansatz des institutionellen Wandels**

Der historisch-ökonomische Institutionalismus, der vor allem mit den Beiträgen von North verknüpft ist, stellt gegenüber der ökonomischen Variante eine um die Zeitdimension erweiterte Version dar. Im Mittelpunkt dieses Ansatzes stehen Fragen nach dem Verlauf gesellschaftlicher Entwicklungen sowie die Suche nach Ursachen für die unterschiedliche Wirtschaftsleistung von Gesellschaften. Als wichtigste Erklärungsvariable betrachtet North in diesem Zusammenhang die jeweils gesellschaftsspezifischen institutionellen Arrangements. Institutioneller Wandel, so die These, "bestimmt die Art und Weise der Entwicklung von Gesellschaften über die Zeit und ist damit der Schlüssel zum Verständnis historischen Wandels"<sup>62</sup>. Aus diesem Grunde konzentrieren sich seine Arbeiten auf jene Fragestellungen, "which seek to discover how institutions evolve through time and why institutions that produce poor economic (and political) performance can persist".<sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> DiMaggio, Powell 1991, 8.

<sup>62</sup> North 1992, 3.

<sup>63</sup> North 1993, 12. Die von Alchian 1950 aufgestellte Entwicklungshypothese, derzufolge ineffiziente Institutionen auf Grund des Wettbewerbsdrucks effizienteren Varianten weichen müssen, wurde von North erst nach und nach aufgegeben. Während er in seinem mit Thomas 1973 verfaßten Buch über den Aufstieg der westlichen Welt, ganz im Sinne der obigen These, vor allem auf die Bedeutung der Veränderung relativer Preise für institutionellen Wandel verwies, berücksichtigt er in seinem Buch *Theorie des institutionellen Wandels* 1988 die Existenz sowie den Bestand ineffizienter institutioneller Eigentumsstrukturen. Diese Stabilität ineffizienter Strukturen führt er auf die bestehenden Transaktionskosten einer Veränderung zurück: "These inefficiencies arise because the set of rules that develop will typically have to take into account, in a maximizing world, the transaction cost and competitive constraints on the parties." (North 1989, 665)

Institutionen werden dabei als formale und informelle<sup>64</sup> "Spielregeln einer Gesellschaft, oder förmlicher ausgedrückt, [als] die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion"<sup>65</sup> definiert, deren wesentliche Funktion in der Verminderung von Unsicherheit sowie der Etablierung bzw. Stabilisierung von Ordnung liegt. Der Begriff der Institution erstreckt sich somit, entgegen dem weiten soziologischen Verständnis, nur auf Regeln, nicht aber auf Organisationen. Letztere müssen vielmehr als Akteure betrachtet werden, die in einem wechselseitigen Verhältnis zum bestehenden institutionellen Gefüge stehen.

"Was begrifflich genau zu trennen ist, sind Spielregeln und Spieler. Zweck der Regeln ist die Bestimmung der Art und Weise, wie das Spiel zu spielen sei. Doch im Rahmen dieser Regeln ist es das Ziel der Mannschaft, das Spiel zu gewinnen: [...] Unter den Begriff der Organisation fallen [...] Gruppen von Einzelpersonen, die ein gemeinsamer Zweck, die Erreichung eines Ziels verbindet. [...] Sowohl die Tatsache, welche Organisationen ins Leben gerufen werden, als auch die Frage, wie sie sich fortentwickeln, hängt wesentlich von den institutionellen Rahmenbedingungen ab. Andererseits nehmen sie selbst auf die Entwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen Einfluß. [...] im Verlauf der Versuche, ihre Zielsetzungen zu erreichen, bewirken sie in erheblichem Umfang institutionellen Wandel."<sup>66</sup>

Organisationen werden demzufolge von Individuen und Gruppen vorsätzlich geschaffen. Die den Organisationen eigene Zielsetzung resultiert dabei aus den durch die Anreizstruktur des institutionellen Kontextes vorgegebenen Handlungsoptionen.

Ebenso wie Organisationen sind Institutionen, ihre Entstehung und Veränderung, das Resultat menschlichen Handelns. Eine Theorie der Institution muß deshalb im Individuum ihren Ursprung nehmen. Das dem Northschen Modell zugrundeliegende Menschenbild lehnt sich den Vorstellungen über den modernen *Homo Oeconomicus* an. Allerdings wird das Modell erweitert durch die Annahmen altruistischer Motivation, instabiler Präferenzen sowie der Erkenntnis, daß Akteure ihre Umwelt je nach Wissensstand und kognitiven Fähigkeiten subjektiv individuell wahrnehmen. Wesentlichen Einfluß auf die subjektive Wahrnehmung haben Ideologien und Ideen, die durch die Bereitstellung von Weltbildern bzw. Interpretationsrastern die Komplexität der Umwelt reduzieren und so die Interaktion der Akteure sichern helfen.<sup>67</sup>

Auf der Grundlage dieses Menschenbildes stellt sich die Frage nach der Art und Weise institutionellen Wandels.<sup>68</sup> Grundsätzlich gilt, daß institutionelle Arrangements mit den diesen eigenen Anreizstrukturen die Handlungsoptionen bzw. Chancen der gesellschaftlichen Akteure bestimmen. Innerhalb dieses Rahmens suchen Organisationen ihre Chancen bestmöglich zu nutzen. Die Einschätzung dieser Chancen resultiert zum einen aus der institutionellen Anreizstruktur, zum anderen aber aus den zur Verfügung stehenden Technologien und Wissensbeständen. Bedingt durch die Art der Informationen sowie der

---

<sup>64</sup> Institutionen im Sinne von Regeln können sowohl formgebunden, als auch formlos sein. Dahinter verbergen sich förmliche, schriftlich niedergelegte Regeln (z.B. Gesetze, Verfassungen) sowie ungeschriebene Verhaltenskodices (Traditionen, Tabus, Sitten) (North 1992, 4; vgl. Siehl 1996, 28). Für den Verlauf des institutionellen Wandels sind allerdings insbesondere die formlosen Regeln von Bedeutung. "Im Unterschied zu formgebundenen Regeln, die infolge von politischen oder gerichtlichen Entscheidungen über Nacht geändert werden können, sind formlose Beschränkungen, wie sie in Sitten und Gebräuchen... verkörpert sind, durch eine vorsätzliche Politik viel weniger leicht zu beeinflussen." (North 1992, 7)

<sup>65</sup> North 1993, 12.

<sup>66</sup> North 1992, 5.

<sup>67</sup> Vgl. ebenda, 28ff.

<sup>68</sup> Vgl. Wallis 1989, 110.

individuellen Informationsverarbeitung können sich politische oder ökonomische Unternehmer veranlaßt sehen, durch eine Veränderung innerhalb der institutionellen Beschränkungen oder aber durch einen Wandel der Beschränkungen selbst ihre Position zu verbessern.<sup>69</sup> Ursächlich für dieses Bestreben sind, so North, "sich ändernde relative Preise oder Präferenzen"<sup>70</sup>, wobei letztere auf exogene Faktoren wie Ideologien oder Ideen zurückgeführt werden.<sup>71</sup> Die Form institutioneller Veränderungen wird folglich durch das Wechselspiel von Institutionen und Organisationen bestimmt:

"Der daraus resultierende Verlauf institutionellen Wandels wird bestimmt 1) durch die Restriktionen, die sich aus der symbiotischen Beziehung zwischen Institutionen und den Organisationen ergeben, welche sich als Folge der von jenen Institutionen geschaffenen Anreizstruktur herausgebildet haben (Lock-in), und 2) von dem Rückkopplungsprozeß, durch den<sup>72</sup> die Menschen Veränderungen ihrer Opportunitätsmenge wahrnehmen und auf solche reagieren."

Der Prozeß der Veränderung, besonders von informellen Regeln, welche im Gegensatz zu formalen Normen eine sehr viel höhere Widerstandskraft besitzen, vollzieht sich demnach inkremental als Resultat unzähliger Einzelentscheidungen der Akteure, die in der Addition einen Wandel des institutionellen Rahmens bewirken. Aus dem kurzfristigen Profitstreben der Akteure ergibt sich ein langfristiger Wandel<sup>73</sup>, der mit dem geschichtslosen Modell der Rational-Choice Variante nicht in Einklang zu bringen ist. Vielmehr sind die auf der Grundlage subjektiver, historisch-institutionell geprägter Wahrnehmungen basierenden Entscheidungen der Akteure Ausdruck sogenannter Pfadabhängigkeiten.

Die historisch-soziologische Variante: 'Bringing the State Back In'

Im Gegensatz zum historisch-ökonomischen Institutionalismus nimmt die historisch-soziologische Variante<sup>74</sup> ihren Ausgangspunkt nicht im Individuum, sondern in der Institution. Der Ansatz ist damit der soziologischen Tradition Durkheims verpflichtet, derzufolge "categories of thought precede thought, and that these categories are social or cultural constructs"<sup>75</sup>. Gleichzeitig stellt der Ansatz jedoch die Themen 'Macht' und 'Interesse' in den Mittelpunkt der Untersuchung, und wendet sich damit gegen jede Form eines strukturellen

---

<sup>69</sup> Vgl. North 1993, 17. Institutionelle Arrangements bestimmen die Kosten für die Informationsbeschaffung, die sogenannten Transaktionskosten. Demzufolge haben Institutionen einen wesentlichen Einfluß auf individuelle Nutzung und Beschaffung von Informationen sowie auf die daraus resultierende Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung (vgl. North 1992, 32ff.).

<sup>70</sup> North 1992, 98. Die Bedeutung relativer Preise resultiert aus der Tatsache, daß eine Veränderung derselben "die Anreize für den einzelnen im zwischenmenschlichen Verkehr" (North 1992, 99) neu gestaltet. Hinter dem Begriff verbergen sich die Veränderungen der Faktorpreisverhältnisse, der Informationskosten sowie das Phänomen des technologischen Wandels.

<sup>71</sup> Vgl. North 1989, 666. Damit deutet North zumindest eine Endogenisierung individueller Präferenzstrukturen an, welche als Brücke zum soziologischen bzw. historisch-soziologischen Ansatz dienen kann. Allerdings werden die Auswirkungen neuer Ideen und Ideologien auf die individuelle Präferenzstruktur nicht weiter thematisiert.

<sup>72</sup> North 1992, 8.

<sup>73</sup> Vgl. North 1989, 666.

<sup>74</sup> Häufig wird diese Variante schlicht als 'Historischer Institutionalismus' bezeichnet (vgl. Immergut i.E.; Hall, Taylor 1996). Allerdings vernachlässigen diese Autoren damit den ebenfalls der Geschichte verpflichteten ökonomischen Ansatz. Mayntz, Scharpf 1995 benennen diese Richtung dagegen als politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus. Damit betonen sie den für diese Variante charakteristischen Fokus auf die Strukturen und Institutionen des politischen Systems, verkennen damit aber, ebenso wie die meisten Vertreter dieses Ansatzes, die Möglichkeiten der Anwendung in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen.

<sup>75</sup> Immergut i.E., 13.

Determinismus. Daher bemühen sich die Vertreter dieses Ansatzes, ebenso wie der Beitrag von North, um eine Verknüpfung akteursspezifischer und institutioneller Einflußfaktoren. Im Mittelpunkt der Anstrengungen steht dabei das Wechselspiel zwischen politischen, meist staatlichen, Institutionen (*Polity*) und politischen Prozessen (*Politics*) im Kontext der Formulierung von Politikgehalten (*Policy*).<sup>76</sup>

Herausgefordert durch die *behavioralistische* Revolution sowie die Annahmen modernisierungstheoretischer bzw. struktur-funktionalistischer Theorien, wendet sich der historisch-soziologische Institutionalismus mit dem Vorwurf der Eindimensionalität gegen die Vernachlässigung des Staates als eines politikbestimmenden Faktors, sowie die mangelnde Berücksichtigung des Machtaspekts zugunsten funktionalistischer Zirkelschlüsse. Dagegen gilt es, einige aus den Theorien des Pluralismus und des Struktur-Funktionalismus gewonnenen Erkenntnisse miteinander zu verbinden.

Ausgehend von der pluralistischen Annahme, "that conflict among rival groups for scarce resources lies at the heart of politics"<sup>77</sup>, verweist der historisch-soziologische Institutionalismus auf die vielfältigen Variationen nationaler Konfliktlösungen, deren Ursache im institutionellen Rahmen des jeweiligen politischen Systems, insbesondere in der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, gesucht wird. Unter dem Motto *Bringing the State Back In*<sup>78</sup> ist der Staat dabei als ein politikbestimmender, aktiv und gestaltend in den Konflikt von Interessengruppen eingreifender Faktor auf die wissenschaftliche Agenda zurückgekehrt. Krasner schreibt hierzu:

"[...]the state' has reappeared in the literature [...] statist approaches emphasize that the state can be treated as an actor in its own right as either an exogenous or an intervening variable. Whether in its institutional form or in terms of specific policies, the state cannot be understood as a reflection of societal characteristics or preferences" (Krasner 1984:223/225).

Daneben ist sogenannten *intermediate-level institutional factors* (Thelen/Steinmo 1992:6) - beispielsweise Netzwerkstrukturen, Parteien- und Verbändesystemen sowie institutionellen Verbindungen zwischen ökonomischen und staatlichen Akteuren - große Aufmerksamkeit zuteil geworden.<sup>79</sup> Fortschritte sind dabei vor allem im Bereich der Politikfeldanalyse, der Analyse von Politiknetzwerken<sup>80</sup> sowie der Interessenvermittlung<sup>81</sup> zwischen Staat und Ge-

<sup>76</sup> In ihrem Bemühen um die Darstellung und Analyse von Staat-Gesellschaft Beziehungen greifen die historisch-soziologischen Beiträge u.a. auf die Arbeiten von Moore 1987 und Gerschenkron 1973 zurück. Während Moore in einer breit angelegten vergleichenden Studie einen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt der Bauernbefreiung und der Form des politischen Systems (Kommunismus, Faschismus, Demokratie) nachzuweisen sucht, schließt Gerschenkron vom Zeitpunkt der Industrialisierung auf die Rolle des Staates sowie seine Verflechtungen mit der Industrie.

<sup>77</sup> Hall, Taylor 1996, 6.

<sup>78</sup> Evans et al. 1985.

<sup>79</sup> Vgl. Schmitter, Lehmbruch 1979.

<sup>80</sup> Der Netzwerk-Begriff umfaßt eine Reihe von Ausprägungen die sich u.a. im Grad der Stabilität unterscheiden. So läßt sich nach Hecllo 1978 beispielsweise zwischen sogenannten *Issue Networks* mit geringer Stabilität und *Iron Triangles* mit starren Strukturen unterscheiden. Gemeinsam ist diesen ein neues, die formale Trennung zwischen Staat und Gesellschaft aufhebendes Politikverständnis. Eine wesentliche Erkenntnis liegt in der Unterscheidung sogenannter Politikfelder, die durch jeweils spezifische Policy-Netzwerke geprägt sind. Ein solches beinhaltet neben öffentlichen und privaten Akteuren innerhalb eines abgegrenzten Politikbereiches eine Reihe von institutionalisierten Koordinationsmechanismen (vgl. Jordan, Schubert 1992).

<sup>81</sup> Nach Lehmbruch bilden dabei Korporatismus und Pluralismus die Extremtypen auf einem Kontinuum möglicher Modi der Interessenvermittlung (Lehmbruch 1987, 21).

sellschaft gewonnen worden. Solche staatlichen bzw. intermediären Arrangements bestimmen mit ihren Regeln, Prozeduren und organisationalen Strukturen maßgeblich die Macht und den Einfluß der politischen Akteure bei der Gestaltung von Politikgehalten. Politische Strategien der Akteure werden somit durch den institutionellen Rahmen geprägt. Historisch-soziologische Ansätze gehen jedoch noch einen Schritt weiter. Sie argumentieren, daß nicht nur die Strategien, sondern auch die Ziele, d.h. die individuellen bzw. kollektiven Präferenzstrukturen durch die sozialen und politischen Umfeldbedingungen bestimmt sind. Folglich bedarf es zur Ermittlung individueller Präferenzen einer Analyse des historischen Hintergrundes. Diese Endogenisierung der Präferenzbildung stellt den wesentlichen Unterschied zur ökonomischen Variante dar.<sup>82</sup>

Offensichtlich liegt dem historisch-soziologischen Ansatz ein sehr viel weiterer Institutionenbegriff zugrunde. So begreifen Hall und Taylor Institutionen beispielsweise

"[...] as the formal or informal procedures, routines, norms and conventions embedded in the organizational structure of the polity or political economy. They can range from the rules of a constitutional order or the standard operating procedures of a bureaucracy to the conventions governing trade union behavior or bank-firm relations. In general, historical institutionalists associate institutions with organizations and the rules or conventions promulgated by formal organizations".<sup>83</sup>

Unter Berücksichtigung der Ausdehnung institutioneller Arrangements schlägt Ikenberry ein dreistufiges Ordnungsraster vor.

"These levels range from specific characteristics of government institutions, to the more overarching structures of state, to the nation's normative social order."<sup>84</sup>

Unterschiede gegenüber der historisch-ökonomischen Variante finden sich aber nicht nur bezüglich der Definition des Institutionenbegriffs, sowie der klassischen 'Henne-Ei' Problematik, sondern auch in der Darstellung des institutionellen Wandels. Zwar betonen beide Ansätze den stabilen Charakter institutioneller Arrangements sowie die von diesen ausgehenden Pfadabhängigkeiten, doch unterscheiden sie sich in der Bewertung des Wandlungsprozesses. Während die ökonomische Variante institutionellen Wandel als einen inkrementalen Prozeß wahrnimmt, der das Resultat unzähliger Einzelentscheidungen darstellt, argumentieren historisch-soziologische Ansätze demgegenüber, daß institutioneller Wandel "episodic and 'sticky', rather than continuous and incremental"<sup>85</sup> ist. Ursächlich für das den institutionellen Strukturen eigene Beharrungsvermögen sind dabei vor allem drei Faktoren. Erstens etablieren institutionelle Arrangements Positionen, die bestimmte Akteure gegenüber anderen privilegieren. Diese bevorzugten Individuen und Gruppen stabilisieren in ihrem Bemühen um den Erhalt der sie begünstigenden Positionen das bestehende institutionelle Gefüge. Der zweite Stabilitätsfaktor liegt in den Kosten eines möglichen Wechsels. Bedingt durch Informationsdefizite und begrenzte Rationalitäten sind die Kosten des Wandels sowie die Verteilung zukünftiger Gewinne nur schwer zu bestimmen (vgl. *ibid.*: 224f.). Eng damit verknüpft ist drittens das Phänomen der sogenannten *sunk costs*. Dahinter verbergen sich jene Werte, wie beispielsweise Informationen und geteilte Erwartungen, welche im Zuge der Abschaffung eines bestehenden institutionellen Rahmens verloren gehen würden (vgl. Krasner 1984:235). Unter Berücksichtigung dieser drei Faktoren, die ein bestehendes

---

<sup>82</sup> Vgl. Thelen, Steinmo 1992, 9.

<sup>83</sup> Hall, Taylor 1996, 6f.

<sup>84</sup> Ikenberry 1988, 226.

<sup>85</sup> Ikenberry 1988, 223.

institutionelles Gleichgewicht stabilisieren, kommt ein Wandel lediglich in Augenblicken akuter historischer Krisen zustande<sup>86</sup>, welche Krasner als *punctuated equilibrium* benennt.

"During periods of crisis politics becomes a struggle over the basic rules of the game rather than allocation within a given set of rules. [...] New structures originate [...]. They may be imposed through conquest or be implanted by a particular fragment of the existing social structure. But once institutions are in place they can assume a life of their own, extracting societal resources, socializing individuals, and even altering the basic nature of civil society itself."<sup>87</sup>

Die unterschiedliche Häufigkeit institutioneller Wandlungsprozesse läßt sich durch den Grad der Institutionalisierung erklären. Dieser bestimmt sich anhand zweier Dimensionen<sup>88</sup>: entlang einer horizontalen Ebene durch die Breite bzw. Anzahl der Verknüpfungen der Institution mit anderen institutionellen und organisationalen Einheiten sowie vertikal anhand der Tiefe individueller Identifikationen mit der Institution. Grundsätzlich gilt, daß je breiter und tiefer eine Institution in die Gesellschaft integriert ist, umso seltener kommt es zu einem Wandel derselben.

## 4 Gemeinsamkeiten und Unterschiede neo-institutionalistischer Ansätze im Überblick

Institutionen haben eine wesentliche Bedeutung für die Gestaltung menschlicher Interaktionen. Diese Annahme bildet den Konsens der hier im Rahmen einer vergleichenden Präsentation vorgestellten neo-institutionalistischen Erklärungsvarianten. Im übrigen sind diese in Tabelle 4.1 zusammengefaßten Ansätze jedoch vor allem durch Heterogenität gekennzeichnet. Während sich beispielsweise die ökonomischen Ansätze in ihrer deduktiven Herangehensweise als elegante Analyseinstrumente darstellen, scheinen historisch-soziologische Ansätze in ihrer induktiven, am Einzelfall orientierten Betrachtung näher an der Realität zu sein. Im Anschluß an eine tabellarische Gegenüberstellung wird der Versuch unternommen, aus dieser Vielfalt einige Annahmen herauszufiltern, die als Grundlage für die weitere Untersuchung des russischen Privatisierungsprozesses dienen können.

**Tabelle 4.1: Überblick über die Ansätze des Neo-Institutionalismus**

	Rational-Choice Institutionalismus	Historisch-Ökonomischer Institutionalismus	Historisch-Soziologischer Institutionalismus	Soziologischer Institutionalismus
--	------------------------------------	--	--	-----------------------------------

<sup>86</sup> Thelen, Steinmo nennen vier Ursachen institutioneller Dynamik: (i) einen Wandel der sozioökonomischen Rahmendaten, (ii) den Eintritt neuer Akteure, die die Machtverteilung verändern, (iii) eine durch einen exogenen Wandel hervorgerufene Veränderung der Strategien und Ziele der bestehenden Institution, sowie (iv) eine Anpassung von individuellen Strategien in Folge eines Wandels der Institution (Ebenda 1992, 17).

<sup>87</sup> Krasner 1984, 234/240. Aus Krasners Sicht stellen Institutionen demnach in der dem Wandel vorgelagerten Phase (t-1) eine unabhängige Variable dar. Im Verlauf einer Krise kommt es zu einem Wandel der Institution. Zu diesem Zeitpunkt (t) ist die Institution eine abhängige Variable gegenüber sozialen Akteuren. Mit der dem Wandel folgenden Phase (t+1), der strukturellen Verfestigung, beginnen Institutionen wieder als unabhängige Variable zu wirken (vgl. Krasner 1988, 72). Johnson kritisiert dabei zu Recht, daß diese Vorstellung eines schnellen Wechsels von einer unabhängigen zu einer abhängigen Variable unrealistisch ist. Vielmehr behalten die alten institutionellen Strukturen in Phasen des Wandels einen, nicht notwendigerweise 'rationalen', so doch prägenden Einfluß: "[E]ven in crisis the old institutions remain and must continue to function in order to prevent a complete atomisation of society. In such a crisis period, then the structures, practices and values of old institutions will have fundamental impact on the way in which the institutions react and adapt to the new circumstances." (Johnson 1994, 973).

<sup>88</sup> Vgl. Krasner 1988, 76f.

<b>Definition Institutionenbegriffs</b>	d. enger Institutionenbegriff: Regeln (im allgemeinen)	enger, aber differenzierter Institutionenbegriff: formale/informelle (Spiel-) Regeln einer Gesellschaft	Organisationen, sowie Regeln, Konventionen etc. innerhalb von Organisationen	Weiter Institutionenbegriff, der neben Regeln (formal/informell), Symbolen, Wahrnehmungsmustern und Weltbildern auch Organisationen umfaßt
<b>Akteursverständnis</b>	Moderner <i>Homo Oeconomicus</i> , d.h. ein begrenzt rationaler Akteur, der sich nutzenmaximierend verhält, dabei jedoch durch begrenzte Information beschränkt wird	Moderner <i>Homo Oeconomicus</i> , dessen Handlungen auf der subjektiven Wahrnehmung der Umwelt basieren. Darüber hinaus gelten auch Organisationen als Akteure	Normgeleitete Individuen; vor allem Interessengruppen	<i>Homo Sociologicus</i> ., d.h. normgeleitete Akteure, aber auch Gruppen wie z.B. Klassen
<b>Verhältnis von Akteur und Institution</b>	Akteure gestalten Institutionen, um miteinander zu interagieren. Institutionen beschränken individuelles Verhalten zugunsten kollektiver Interaktion. Die Präferenzen der Akteure werden nicht durch die Institution beeinflusst. (eindimensional)	Akteure entwerfen Institutionen als Mittel zur Interaktion. Einmal geschaffen prägen Institutionen die Wahrnehmung und das Verhalten der Akteure. (Wechselwirkung)	Politische Institutionen gestalten das Umfeld bzw. die Machtverteilung in dem Akteure agieren. Ebenso formen sie die Präferenzen (Endogene Präferenzen). Veränderungen der Institutionen resultieren aus den Handlungen der Akteure. (Wechselwirkung)	Institutionen prägen die von den Akteuren wahrgenommene Wirklichkeit, d.h. die Präferenzen der Akteure werden endogen bestimmt. (eindimensional)
<b>Wirkung von Institutionen</b>	Institutionen wirken stabilisierend, schaffen Erwartungsstabilität, dadurch ermöglichen sie Interaktion zw. Wirtschaftssubjekten Überwindung kollektiver Handlungsdilemmata	Institutionen wirken stabilisierend, sie bestimmen durch ihre Anreizstruktur die Wahrnehmung und das Verhalten der Akteure	Institutionen wirken (a) identitätsstiftend und (b) als Rahmen des politischen Prozesses	Institutionen wirken identitätsbildend
<b>Institutioneller Wandel</b>	Wandel ist das Ergebnis von Einzelentscheidungen der Akteure im Zuge einer Präferenzveränderung die aus einer Neubewertung der Situation herrührt: Streben nach Nutzenvorteilen	Wandel ist ein inkrementaler, pfadabhängiger Prozeß, der aus dem Bestreben politischer und ökonomischer Organisationen resultiert, den institutionellen Rahmen neuen Erkenntnissen, Präferenzen oder Preisveränderungen anzupassen.	<i>punctuated equilibrium</i> : Wandel ist das Ergebnis von Krisen. Er ist durch Pfadabhängigkeiten geprägt, die u.a. aus den sog. <i>sunk costs</i> , sowie der Position von privilegierten Gruppen resultieren	Wandel resultiert nicht aus dem Bestreben nach Effizienzsteigerung, sondern im Bemühen um eine Erhöhung gesellschaftlicher Legitimation

Auf der Grundlage der vorliegenden Tabelle lassen sich im folgenden eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschieden neo-institutionalistischer Ansätze bestimmen, welche den Ausgangspunkt zur Ableitung eigener, der Arbeit zugrundeliegender Annahmen bezüglich des Institutionen- und Akteursverständnisses, des Verhältnisses zwischen Akteur und Institution, institutioneller Auswirkungen sowie der Art und Weise institutionellen Wandels bieten können.

Annahme 1: Institutionen, so führen alle hier dargelegten Ansätze an, bezeichnen in erster Linie Regeln. Während die soziologisch orientierten Varianten neben Regeln auch noch Organisationen unter dem Institutionenbegriff subsumieren, insbesondere sogenannte politische Organisationen wie Parlamente, Parteien etc., liegt der ökonomischen Perspektive eine enge,

auf den Regelungsaspekt begrenzte Definition zugrunde. Ausgehend von diesem engen Verständnis unterscheidet der historisch-ökonomische Ansatz zwischen formalen und informellen Regeln. Im folgenden wird dem Institutionenbegriff des historisch-ökonomischen Ansatzes gefolgt, weil er sowohl eine Unterscheidung zwischen Institution und Organisation, als auch eine Differenzierung zwischen formalen und informellen Regeln zuläßt. Letzteres gewinnt vor allem im Kontext des institutionellen Wandels erhebliche Bedeutung. Zusammenfassend werden Institutionen somit als Regeln definiert, "die sich vor allem auf die Verteilung und Ausübung von Macht, die Definition von Zuständigkeiten, die Verfügung über Ressourcen sowie die Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnisse beziehen"<sup>89</sup>.

Annahme 2: Die Trennlinie bezüglich des Akteursverständnisses läßt sich idealtypisch zwischen dem nutzenorientierten *Homo Oeconomicus* und den normgeleiteten *Homo Sociologicus* ziehen. Allerdings ist diese Unterscheidung im Hinblick auf die Normen und Interessen verbindenden Akteurskonzepte sowohl des historisch-soziologischen, als auch des historisch-ökonomischen Ansatzes nicht aufrechtzuhalten. In der Theorie hat sich daher ein breiteres Akteursverständnis durchgesetzt.

Im Hinblick auf die praktische Anwendung im Rahmen eines vergleichenden Forschungsvorhabens erscheint es jedoch sinnvoller, daß Akteursverständnis eines begrenzt rationalen *Homo Oeconomicus* zugrunde zu legen, wohl wissend, daß es sich dabei um eine grobe Vereinfachung handelt.<sup>90</sup> Ihre Legitimation findet diese Einschränkung in der Annahme, daß das Verhalten der Akteure im Verlauf der Transformation durch die Sorge um ihre zukünftigen Lebenschancen bestimmt wird. Demzufolge richten sie ihr Handeln gemäß den ihnen zur Verfügung stehenden Informationen nutzenmaximierend und interessengeleitet auf die Sicherung der persönlichen Existenz aus. Darüber hinaus ist es sinnvoll, einen weiten Akteursbegriff zugrunde zu legen, um unter diesem sowohl individuelle, als auch korporative Akteure subsumieren zu können.<sup>91</sup>

Annahme 3: Bei der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Akteuren und Institutionen ist zwischen ein- und zweidimensionalen Ansätzen zu unterscheiden. Während die soziologische ebenso wie die Rational-Choice-Variante des Neo-Institutionalismus auf ein eindimensionales Verhältnis zwischen Akteur und Institution verweisen, ist den verbleibenden zwei Ansätzen die Betonung einer Wechselwirkung gemein. Auch dieser Arbeit liegt im weiteren ein solches der Realität näherkommendes zweiseitiges Verständnis der Akteur-Institution-Beziehung zugrunde. Es basiert auf der Annahme, daß Institutionen Akteure in ihrem Verhalten maßgeblich beeinflussen, eine Veränderung des institutionellen Rahmens jedoch

---

<sup>89</sup> Mayntz, Scharpf 1995, 40.

<sup>90</sup> Das Modell des *Homo Oeconomicus* besitzt keinesfalls Allgemeingültigkeit. Vielmehr agieren Akteure im russischen Privatisierungsprozess oft anders als man es aufgrund der Annahme zweckrationaler Nutzenkalkulation erwarten könnte. Soziologische und psychologische Faktoren spielen hier eine erhebliche Rolle. Allerdings kann eine Berücksichtigung anderer Faktoren nur im Einzelfall geleistet werden. Zudem scheint die Annahme einer 'Überlebensmaxime' hinreichend plausibel.

<sup>91</sup> Als Akteure gelten demnach sowohl Individuen und Organisationen. Letztere stellen eine Gruppe von Einzelnen dar, die ein gemeinsamer Zweck, die Erreichung eines Ziels verbindet. Solche korporativen Akteure sind "handlungsfähige, formal organisierte Personen-Mehrheiten, die über zentralisierte, also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende Handlungsressourcen verfügen, über deren Einsatz hierarchisch oder majoritär entschieden werden kann" (Coleman 1974 nach Mayntz, Scharpf 1995, 49).

zwangsläufig das Ergebnis von Handlungen und Interaktionen ist.<sup>92</sup> Institutionen können demnach sowohl als abhängige, wie auch als unabhängige Variable betrachtet werden.

Annahme 4: Bezüglich der Wirkung von Institutionen weisen alle Ansätze große Gemeinsamkeiten auf. So werden in der Regel die Aspekte der Ordnung und Stabilität betont. Ausgehend von der wechselseitigen Beziehung zwischen Akteuren und Institutionen gilt im folgenden, daß Institutionen eine beeinflussende, stimulierende und ermöglichende, nicht aber eine determinierende Wirkung auf die Handelnden haben.

Annahme 5: Institutioneller Wandel wird von Rational-Choice-Ansätzen als nichtintendiertes Ergebnis individueller Entscheidungen betrachtet. Anders sieht dieses der historisch-ökonomische Ansatz, der Wandel als einen inkrementalen, durch Organisationen vorangetriebenen Prozeß betrachtet. Unterschiede gibt es darüber hinaus auch bezüglich der Geschwindigkeit und des Umfangs eines institutionellen Wandels. Während North<sup>93</sup> von einem inkrementalen Prozeß ausgeht, betonen Krasner<sup>94</sup> und Ikenberry<sup>95</sup> einen krisenhaften, akuten Wandlungsverlauf. Auf der Grundlage des *Homo Oeconomicus* wird im folgenden davon ausgegangen, daß sich die Akteure bewußt um einen Wandel bzw. die Stabilisierung einer Institution bemühen. Ein tatsächlicher Wandel einer Institution resultiert jedoch aus der Summe vieler individueller Entscheidungen, so daß zwischen Intention und Wirkung Unterschiede bestehen. Der Verlauf des Wandels, so die weitere Annahme, ist abhängig von der Art der Institution. Bedingt durch höhere *sunk costs* besitzen informelle Institutionen ein größeres Beharrungsvermögen. Aus diesem Grunde, so die Überlegung, wird sich ihr Wandel eher inkremental vollziehen. Dagegen können formale Regeln im Verlauf einer Krise sehr viel schneller durch neue ersetzt werden. Hier werden deshalb beide Versionen verbunden. Es wird angenommen, daß formale Regeln schneller, informelle Regeln hingegen nur in einem langwierigen Prozeß verändert werden können.

Ausgehend von den hier gemachten Annahmen wird im folgenden Abschnitt ein Analyseraster vorgestellt, das als Grundlage für die Untersuchung von Transformationsprozessen dienen soll.

## **5 Ein analytisches Modell zur Erklärung von Transformationsprozessen**

Im Mittelpunkt der bisherigen Darstellung steht die These, daß institutionelle Einflüsse in Verbindung mit den Interaktionen rational handelnder Akteure für die Ergebnisse der in OME ablaufenden Transformationsprozesse verantwortlich sind. Ausgehend von dieser Überlegung, wird im folgenden ein Analysemodell präsentiert [siehe Abbildung 5.1], welches auf den fünf zuvor gemachten Annahmen bezüglich des Institutionen- und des Akteursbegriffs, dem Verhältnis zwischen diesen Elementen, der Wirkung von Institutionen sowie des institutionellen Wandels basiert (siehe Kap.4).

### ***Abbildung 5.1: Das Analyseraster***

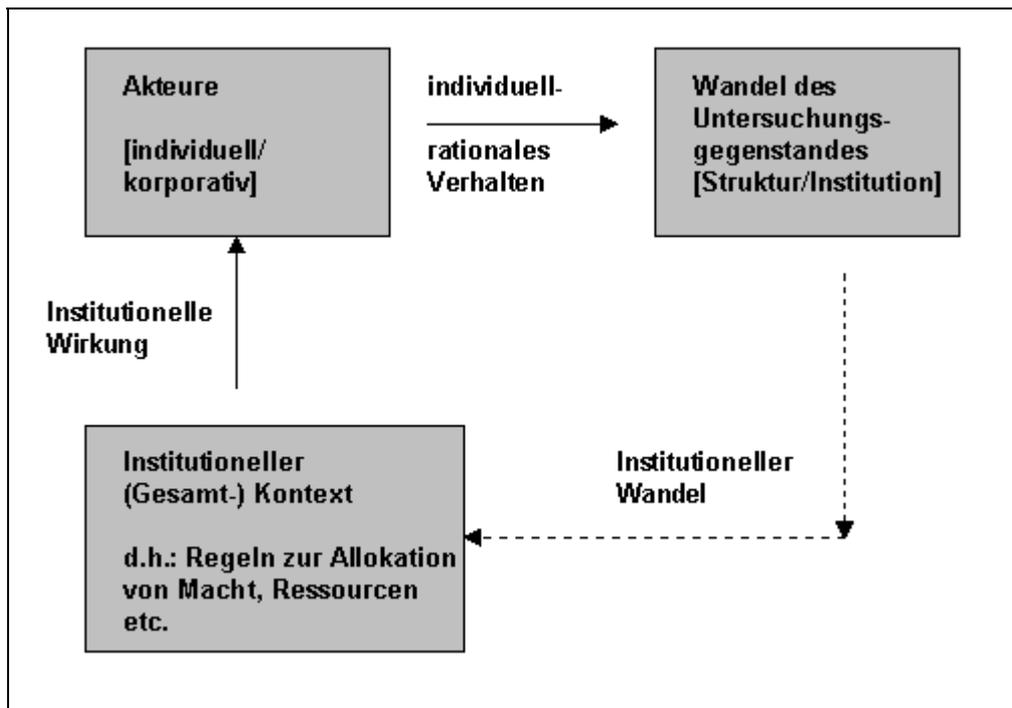
---

<sup>92</sup> Vgl. Riker, Weimer 1995, 82.

<sup>93</sup> North 1992.

<sup>94</sup> Krasner 1984.

<sup>95</sup> Ikenberry 1988.



Den Ausgangspunkt der Überlegungen stellen Institutionen im Sinne der obigen Definition dar. Demnach handelt es sich um ein Regelwerke, welche Einfluß auf die Verteilung und Ausübung von Macht, die Verfügung über Ressourcen sowie die bestehenden Autoritäts- und Abhängigkeitsbeziehungen nehmen. Entsprechend den zuvor gemachten Aussagen über die Wirkungsweise von Institutionen wird angenommen, daß Institutionen eine beeinflussende, stimulierende und beschränkende, nicht aber vollkommen bestimmende Wirkung auf das Handeln der Akteure haben, da der institutionelle Kontext und die individuelle Nutzenfunktion nicht identisch sind. Vielmehr werden Akteure, seien sie individueller oder korporativer Art, durch ihre Nutzenfunktion sowie die daraus entwickelte Präferenzordnung geleitet. Im Kontext der Transformationsprozesse, so die hier gemachte vereinfachende Annahme, ist das Handeln der Akteure vor allem durch das Streben nach Verfügungsrechten, also das Bemühen nach Absicherung der eigenen Position, geprägt. Allerdings sind die individuellen Nutzenfunktionen und der institutionelle Kontext zumeist eng miteinander verknüpft. Gemäß den Ausführungen über die Ansätze des Neo-Institutionalismus stellen Institutionen Regeln dar, welche dem Einzelnen die Interaktion mit anderen Akteuren im Rahmen einer komplexen Umwelt überhaupt erst ermöglichen. So wird die Funktion dieser formalen und informellen Institutionen in der Regel während der Interaktion nicht problematisiert, sondern als Grundlage in die Nutzenfunktion integriert.

Die Interaktionen der Akteure im Rahmen des institutionellen Kontextes, so die Annahme, bewirken einen Wandel der Struktur und/oder des institutionellen Gefüges des Untersuchungsgegenstandes. Ein Beispiel wäre in diesem Zusammenhang u.a. die Transformationen der ehemals bestehenden Eigentumsstrukturen im Zuge von Privatisierungen.<sup>96</sup>

<sup>96</sup> Das Ergebnis des russischen Privatisierungsprozesses wird nicht nur durch den institutionellen Kontext oder das Verhalten der Akteure bestimmt. Wesentliche Bedeutung haben auch sogenannte 'nicht-institutionelle Faktoren'. Dahinter verbergen sich u.a. geographische Gegebenheiten, ebenso wie internationale sozio-ökonomische Zwänge (vgl. Pontusson 1995). Obwohl der Stellenwert dieser externen Faktoren nicht zu unterschätzen ist, können diese aufgrund des begrenzten Rahmens der Arbeit nicht berücksichtigt werden.

Verlauf und Ergebnis dieses Wandels des Untersuchungsgegenstandes wird dabei nicht nur durch die vom institutionellen Gefüge herausgebildeten Strukturen<sup>97</sup>, sondern insbesondere auch durch die diesem Regelwerk eigene Funktionslogik geprägt. Den Nachweis dieser Auswirkungen vorausgesetzt, kann somit von einem durch Institutionen geprägten pfadabhängigen Verlauf des Transformationsprozesses gesprochen werden.

Neben den Veränderungen des Untersuchungsgegenstandes berücksichtigt das Modell auch den Wandel des institutionellen Gesamtkontextes. Das vorliegende Analysemodell ist somit in der Lage, den institutionellen Wandel auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen. Veränderungen auf der Mesoebene wirken so auch auf die Makroebene und umgekehrt.

Darüber hinaus wird das Modell der Annahme der Wechselwirkung zwischen Akteur und Institution gerecht. So wirkt individuelles rationales Handeln über eine Veränderung gesellschaftlicher Teilbereiche auf den institutionellen Gesamtkontext zurück, woraufhin neue institutionelle Anreizstrukturen veränderte Vorgaben für akteursspezifisches Verhalten machen. Im Rahmen der Anwendung gilt es hier zu berücksichtigen, daß ein Perspektiven- bzw. Variablenwechsel vorgenommen wird, welcher der Veränderung der Wirkungskette Rechnung trägt. So wird die abhängige Variable 'Interaktion/Wandel des Untersuchungsgegenstand durch individuelles Handeln' zur erklärenden Variable, während die unabhängige Variable 'Institutioneller Kontext' als Objekt des Wandels, d.h. als abhängige Variable untersucht wird. Im Vordergrund stehen dabei mögliche Veränderungen der Struktur und der Funktionsweise des institutionellen Gefüges.

---

<sup>97</sup>

Institutionen werden demnach als Regeln verstanden, die Einfluß auf die Ausgestaltung des strukturellen Gefüges haben. Struktur im engeren Sinne betrachtet jedoch nur zwei Aspekte, den der Strukturelemente, hier repräsentiert durch die Akteure, sowie die Zuordnung dieser Elemente. Letzteres wird im Rahmen des Modells durch den Begriff der Konstellation gefaßt.

## 6 Literaturverzeichnis

Abell, Peter (1995), The New Institutionalism and Rational Choice Theory, in: Scott, Richard W.; Christensen, Soren (Hg.), *The institutional construction of organizations: international and longitudinal studies*, London, 3-14.

Alchian, Armen A. (1950), Uncertainty, Evolution and Economic Theory, in: *Journal of Political Economy*, 58, 211-221.

Bates, Robert H. (1988), Contra Contractarianism: Some Reflections on the New Institutionalism, in: *Politics and Society*, 16, 387-401.

Berger, Johannes, (1996), Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich - was wird ihr bloß unterstellt, in: *Leviathan*, 24.1, 45-62.

Berger, Peter L.; Luckmann Thomas (1993), *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit - Eine Theorie der Wissenssoziologie*, 5.Aufl., Frankfurt a.M..

Böbel, Ingo (1988), *Eigentum, Eigentumsrechte und institutioneller Wandel*, Berlin.

Brunsson, Nils (1982), The Irrationality of Action and Action Rationality: Decisions, Ideologies and Organizational Actions, in: *Journal of Management Studies*, 19.1, 29-44.

Coase, Ronald H. (1960), The Problem of Social Cost, in: *Journal of Law and Economics*, 3.1, 1-44.

Coase, Ronald H. (1937), The Nature of the Firm, in: *Economica*, 4.12, 386-405.

De Alessi, Louis (1991), Development of the Property Rights Approach, in: Furubotn. Erik G.; Richter, Rudolf (Hg.), *The New institutional economics - A Collection of Articles from the Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Tübingen, 45-53.

Demsetz, Harold (1967), Toward a Theory of Property Rights, in: *American Economic Review*, 57, 347-359.

DiMaggio, Paul J., Powell Walter W. (1991), Introduction, in: dies.,(Hg.), *The New institutionalism in organizational analysis*, Chicago, 1-40.

Ebers, Mark, Gotsch, Wilfried, 1993, Institutionenökonomische Theorien der Organisation, in: Kieser, Alfred (Hg.), *Organisationstheorien*, Stuttgart/Berlin/Köln, 193-242.

Eggertsson, Thráinn (1990), *Economic Behavior and Institutions*, Cambridge.

Elias, Norbert (1977), *Über den Prozeß der Zivilisation*, Frankfurt a.M..

Esser, Hartmut (1990), "Habits", "Frames" und "Rational Choice", in: *Zeitschrift für Soziologie*, 19.4, 231-247.

Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda, (Hg.) (1985), *Bringing the State Back In*, Cambridge.

Farmer, M.K. (1992), On the Need to make a Better Job of Justifying Rational Choice Theory, in: *Rationality and Society*, 4, 411-420.

Furubotn Eirik G.; Richter Rudolf (1991), The New Institutional Economics: An Assessment, in: dies., (Hg.), *The New institutional economics: A Collection of Articles from the Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Tübingen, 1-32.

- Furubotn, Eirik G.; Pejovich Svetozar (1974a), Introduction, in: dies., (Hg.), *The Economics of Property Rights*, Cambridge Mass., 1-10.
- Furubotn, Eirik G.; Richter Rudolf (Hg.) (1991), *The New institutional economics - A Collection of Articles from the Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Tübingen.
- Furubotn, Eirik G.; Pejovich, Svetozar (Hg.) (1974), *The Economics of Property Rights*, Cambridge Mass..
- Gerschenkron, Alexander (1973), *Wirtschaftliche Rückständigkeit in Historischer Perspektive*, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.), *Geschichte und Ökonomie - Neue Wissenschaftliche Bibliothek Nr. 58*, Gütersloh.
- Gretschmann, Klaus (1990), *Neue ökonomische Institutionenanalyse*, in: *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Baden-Baden, 339-358.
- Hall, Peter A.; Taylor, Rosemary C.R. (1996), *Political Science and the Three New Institutionalisms*, in: MPIFG Discussion Paper 96/6, Köln.
- Hardin, Garrett (1968), *The Tragedy of the Commons*, in: *Science*, 162, 1243-1248.
- Hecló, Hugh (1978), *Issue Networks and the Executive Establishment*, in: King, Anthony (Hg.), *The New American Political System*, 87-124.
- Hodgson, Geoffrey M. (1988), *Economics and Institutions - A Manifesto for a Modern Institutional Economics*, Oxford.
- Hutchison, Terence W. (1991), *Institutionalist Economics Old and New* in: Furubotn, Eirik G.; Richter, Rudolf (Hg.), *The New institutional economics: A Collection of Articles from the Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Tübingen, 35-44.
- Ikenberry, John G. (1988), *Conclusion: an institutional approach to American foreign economic policy*, in: *International Organization*, 42.1, 219-243.
- Immergut, Ellen M. (i.E.), *The Normative Roots of the New Institutionalism: Historical-Institutionalism and Comparative Policy Studies*, in: Benz, Arthur; Seibel, Wolfgang (Hg.), *Beiträge zur Theorieentwicklung in der Politik- und Verwaltungswissenschaft*, Baden-Baden.
- Johnson, Juliet Ellen (1994), *The Russian Banking System: Institutional Responses to the Market Transition*, in: *Europe-Asia Studies*, 46.6, 971-995.
- Jordon, G.; Schubert, K. (1992), *A preliminary ordering of policy network labels*, in: *European Journal of Political Research*, 21, 7-27.
- Kieser, Alfred (Hg.) (1993), *Organisationstheorie*, Stuttgart/Berlin/Köln.
- Kirchgässner, Gebhard (1991), *Homo Oeconomicus - Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Tübingen.
- Klein, Philip A. (1987), *Power and Economic Performance: The Institutionalist View*, in: *Journal of Economic Issues*; 21.3, 1341-1377.
- Krasner, Stephen D. (1988), *Sovereignty-An Institutional Perspective*, in: *Comparative Political Studies*, 21.1, 66-94.
- Krasner, Stephen D. (1984), *Approaches to the State - Alternative Conceptions and Historical Dynamics*, in: *Comparative Politics*, 16.2, 223-246.

- Lehmbruch, Gerhard (1987), Administrative Interessenvermittlung, in: Windhoff-Héritier, Adrienne (Hg.), Verwaltung und ihre Umwelt. Festschrift für Thomas Ellwein zum 60. Geburtstag, Opladen, 11-43.
- Libecap, Gary D. (1993), Politics, Institutions, and Institutional Change, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 149.1, 29-35.
- Libecap, Gary D. (1991), Distributional Issues in Contracting for Property Rights, in: Furubotn, Eirik G.; Richter, Rudolf (Hg.), *The New institutional economics: A Collection of Articles from the Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Tübingen, 214-232.
- March, James; Olsen, Johan (1989), *Rediscovering Institutions - The Organizational Basis of Politics*, New York/London.
- Mayhew, Anne (1987), The Beginnings of Institutionalism, in: *Journal of Economic Issues*, 22.3, 971-1000.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz W. (1995), Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: dies., (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*, Frankfurt a.M./New York, 39-72.
- Merkel, Wolfgang (1994), Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, in: ders., (Hg.), *Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen, 303-331.
- Merkel, Wolfgang (1996), Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Beyme, Klaus von; Offe, Claus (Hg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, PVS-Sonderheft 26, Opladen, 30-58.
- Meyer, John W.; Rowan Brian (1978), Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony, in: *American Journal of Sociology*, 83, 341-361.
- Mirowski, Philip (1987), The Philosophical Basis of Institutional Economics, in: *Journal of Economic Issues*, 21.3, 1001-1039.
- Moore, Barrington (1987), *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, 2.Aufl., Frankfurt a.M.
- Neal, Walter C. (1987), Institutions, in: *Journal of Economic Issues*, 21.3, 1177-1205.
- Nedelmann, Birgitta (1995), Gegensätze und Dynamik politischer Institutionen, in: dies. (Hg.), *Politische Institutionen im Wandel - Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen, 15-40.
- North, Douglas, C.; Thomas, Robert P. (1973), *The Rise of the Western World: A New Economic History*, Cambridge.
- North, Douglass C. (1992), *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen.
- North, Douglass C. (1988), *Theorie des institutionellen Wandels - Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen.
- North, Douglass C. (1989), A Transaction Cost Approach to the Historical Development of Politics and Economies, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)*, 145, 661-668.
- North, Douglas, C. (1984), Transaction Costs, Institutions, and Economic History, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)*, 140.1, 7-17.
- North, Douglass C. (1993), Institutions and Credible Commitment, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)*, 149.1, 11-23.

Offe, Claus (1994b), *Designing Institutions for East European Transitions*, Institut für Höhere Studien, Bremen.

Olsen, Johan P. (1991), *Political Science and Organization Theory: Parallel Agendas but Mutual Disregard*, in: Czada, Roland M.; Windhoff-Héritier, Adrienne (Hg.), *Political Choice: institutions, rules, and the limits of rationality*, Frankfurt a.M./Boulder, 87-120.

Olson, Mancur (1965), *The Logic of Collective Action; Public Goods and the Theory of Groups*, Harvard.

Perrow, Charles (1986), *Complex Organizations: A Critical Essay*, New York.

Pontusson, Jonas (1995), *From Comparative Public Policy to Political Economy: Putting Political Institutions in Their Place*, in: *Comparative Political Studies*, 28.1, 117-147.

Riker, William H.; Weimer David L. (1995), *The political economy of transformation: liberalization and property rights*, in: Banks, Jeffrey S.; Hanushek, Eric A. (Hg.), *Political economy of institutions and decisions*, Cambridge, 80-107.

Schimank, Uwe (1996), *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*, Opladen.

Schmalz-Bruns, Rainer (1990), *Neo-Institutionalismus*, in: *Jahrbuch für Staats- und Verwaltungswissenschaft*, Baden-Baden, 315-338.

Schmitter, Philippe C.; Lehmbruch, Gerhard (1979), *Trends Toward Corporatist Intermediation*, Beverly Hills/London.

Scott, Richard W. (1995), *Introduction: Institutional Theory and Organizations*, in: ders.; Christensen, Soren (Hg.), *The institutional construction of organizations: international and longitudinal studies*, London, xi-xxiii.

Seibel, Wolfgang (1992), *Theoretische und methodologische Perspektiven der Analyse "abweichenden" Verwaltungshandelns*, in: Benz, Arthur; ders. (Hg.), *Zwischen Cooperation und Korruption: Abweichendes Verhalten in der Verwaltung*, Baden-Baden, 327-368.

Siehl, Elke (1996), *Der Moderne Institutionalismus als Analyserahmen für den Transformationsprozeß in Osteuropa*, unveröffentlichtes Manuskript (Dissertation).

Simon, Hebert A. (1976), *Administrative Behavior. A Study of Decision-Making Processes in Administrative Organizations*, 3.Aufl., New York.

Smelser, N.J. (1992), *The Rational Choice Perspective: A theoretical Assessment*, in: *Rationality and Society*, 4, 381-410.

Srubar, Ilja (1993), *On the limits of Rational Choice*, in: *Rationality and Society*, 5, 32-46.

Stark, David (1992a), *The Great Transformation? Social Change in Eastern Europe - From System Identity to Organizational Diversity: Analyzing Social Change in Eastern Europe*, in: *Contemporary Sociology*, 21.3, 299-304.

Stark, David (1992b), *Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe*, in: *East European Politics and Societies*, 6.1, 17-54.

Stevens, Joe B. (1993), *The Economics of Collective Choice*, Boulder.

Tatur, Melanie (1995), *Interessen und Norm. Politischer Kapitalismus und die Transformation des Staates in Polen und Rußland*, in: Wollmann, Hellmut; Wiesenthal, Helmut; Bönker, Frank (Hg.), *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*, Leviathan Sonderheft 15/1995, 365-391.

Thelen, Kathleen; Steinmo, Sven (1992), Historical institutionalism in comparative politics, in: dies./ Lonstreth, Frank (Hg.), Structuring Politics. Historical Institutionalism, in: *Comparative Perspective*, Cambridge.

Tilly, Charles (1985), War Making and State Making as Organized Crime, in: Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda (Hg.), *Bringing the State Back In*, Cambridge, 169-191.

Wallis, John J. (1989), Towards a Positive Economic Theory of Institutional Change, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)*, 145, 98-112.

Williamson, Oliver E. (1990), *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus*, Tübingen.

Williamson, Oliver E. (1975), *Markets and Hierarchies; Analysis and Antitrust Implications*, New York/London.

Windhoff-Héritier, Adrienne (1991), Institutions, Interests and Political Choice, in: Czada, Roland M. /dies. (Hg.), *Political Choice: institutions, rules, and the limits of rationality*, Frankfurt a.M./Boulder, 27-52.

Wollnik, Michael (1993), Interpretative Ansätze in der Organisationstheorie, in: Kieser, Alfred (Hg.), *Organisationstheorien*, Stuttgart/Berlin/Köln, 193-242.

